

Donnerstag, den 2. Dezember 1869.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
in die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
e stellungen
neben alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundriezigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureau der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. H. Altrici & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Essel; in Grätz bei Herrn Louis Streitland und Herrn P. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Wosse; in Berlin: A. Metzmeier, Schlossplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Pial & Frey; in Frankfurt a. M. G. L. Danke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 1. Dezbr. Se. M. der König haben Allernädigst geruht: Dem Major a. D. und Rittergutsbesitzer Frhren. v. Wenge auf Haus Wenge, Kr. Dortmund, den Rothen Adler-Orden IV. Kl.; sowie dem Reg.- und Landes-Defonome-Rath Herzberg zu Merseburg den Titel Geh. Reg.-Rath zu verleihen.

Der Ober-Berg-Rath Wagner zu Saarbrücken ist an das Ober-Berg-Amt zu Dortmund verjezt, und dem Ober-Berg-Rath Achernbach zu Dortmund die Stelle des Vorsitzenden der Bergwerks-Direktion zu Saarbrücken übertragen worden.

Deutschland.

△ Berlin, 30. Nov.*). Die chinesische Gesandtschaft, welche ihrer ursprünglichen Absicht entgegen, nun doch einen längern Aufenthalt in Berlin genommen hat, wird am Donnerstag den 2. Dezember um 2 Uhr Nachmittags im Rittersaal des k. Schlosses in feierlicher Weise vom Könige im Beisein der hier anwesenden königl. Prinzen empfangen werden. Zur Theilnahme an der Feierlichkeit sind alle hier zur Zeit anwesenden Generale, die Minister und die Wirkl. Geh. Räthe eingeladen worden. — Das Gesetz über die Organisation der Bundeskonsulate vom 8. Nov. 1867 enthält die Bestimmung, daß die Befugniß der Konsulen zu Geschäftszusammenkünften und zu Zivilstands-Beurkundungen der Bundesangehörigen bis zum Erlaß eines diese Befugniß regelnden Bundesgesetzes nach den Landesgesetzen der einzelnen Bundesstaaten sich richten, und daß, wenn diese Befugniß von einer besonderen Ermächtigung abhängig ist, diese Ermächtigung vom Bundeskanzler ertheilt werden solle. In jüngerer Zeit haben einige Bundeskonsuln auf das Bedürfniß hingewiesen, daß ihnen die Ermächtigung für sämtliche in ihren Distrikten lebenden Bundesangehörigen evangel. Konfession im Allgemeinen ertheilt werde. Darauf hat nun der Bundesrat die Bundesregierungen um Aeußerung darüber erucht, ob Bedenken entgegenstehen, die erwähnte Befugniß durch ein Bundesgesetz einheitlich zu regeln und zwar nach Anleitung des preußischen Gesetzes vom 3. April 1854. In überwiegender Zahl haben die Bundesregierungen sich mit der Regelung der Angelegenheit im Wege der Bundesgesetzgebung und mit den Grundzügen des gedachten preußischen Gesetzes einverstanden erklärt. Prinzipielle Bedenken sind nur von den Regierungen von Mecklenburg-Strelitz und von Neuz. &c. geäußert worden. Nach einer Prüfung des speziellen Inhalts des preußischen Gesetzes ist nun aus den Berathungen der vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen ein Gesetzentwurf, betreffend die Geschäftszusammenkünfte und die Beurkundung des Personenstandes evangelischer Bundesangehörigen in außereuropäischen Ländern, hervorgegangen, welcher dem Bundesrat zur Genehmigung vorgelegt worden ist. Derselbe enthält 15 Paragraphen und macht im 13. Paragraphen den Vorbehalt, daß infoweit durch das Gesetz eines Bundesstaates in Ansehung der Geschäftszusammenkünfte und Beurkundungen ausgedehntere Kompetenz als die im vorliegenden Gesetzentwurf bestimmte eingeräumt sei oder künftig eingeräumt werde, diese ausgedehntere Kompetenz auch den Bundeskonsuln zustehe. — An den Bundesrat ist ein Antrag Sachsen's gebracht, welcher auf die Zivilversorgung der Militäranwärter Bezug hat. Die sächsische Regierung beantragt die Prüfung zweier zweifelhafter Fragen von Seiten des Bundesrates.

△ Berlin, 1. Dez. [Krüger und Ahlemann.] Man hätte glauben sollen, daß der glänzende Sieg, welchen die deutsche Partei in Nordschleswig bei den neulichen Kommunalwahlen davongetragen, die dänischen Agitatoren etwas schweigsamer und bescheiden gemacht hätte. Aber nein, vielmehr haben die beiden nordschleswigschen Abgeordneten, Krüger und Ahlemann, nach ihrer Rückkehr in die Heimath ein Manifest an ihre Wähler erlassen, worin sie sich zu der Drohung gegen Regierung und Landtag versteigen, sich an eine andere Instanz — ob in Wien oder Paris, ist nicht gesagt — wenden zu wollen. In Hrn. Wilpert, der neuerdings alle erdenklichen Anstrengungen macht, um jeden Schatten von Preußenfreundlichkeit von sich zu entfernen, finden die beiden Herren einen beredten Anwalt. Der Übergang zur Tagesordnung, welches das Abgeordnetenhaus über die Anträge der beiden Nordschleswiger beschlossen, hat ihn außer Fassung gebracht. Er nennt den Beschuß eine Rechtsverletzung und schreit nach Sühne. Es lohnt sich wohl der Mühe, noch einmal auf die Angelegenheit zurückzukommen und prüfen, ob das Abgeordnetenhaus einen andern Beschuß hätte zu fassen können oder nicht. Es ist dies um so mehr angebracht, als die Berichte der Zeitungen über die Vorgänge in der betreffenden Sitzung des Abgeordnetenhauses nur mit zwei Worten des Berichts der Geschäftskommission Erwähnung gethan. Die Herren Krüger und Ahlemann hatten in ihrem Schreiben an das Präsidium sich folgendermaßen ausgesprochen: Die Thatache, daß sie von ihren Landsleuten jedesmal wieder gewählt werden, beweise, daß ihr Verhalten vollständig gebilligt werde. Das Abgeordnetenhaus möge daher die Prinzipien und Thatachen, auf denen sie Position genommen hätten, genau prüfen. Den völkerrechtlichen Standpunkt ihres Verhaltens hätten sie schon früher deutlich genug dargelegt. Einer gleichen Klarheit

hätte sich jedoch weder die Regierung noch das Abgeordnetenhaus befleikt. Da sie nun einen politischen Eid ablegen sollten, so müsse zuvor jeder den Charakter des Eides verdunkelnde Zweifel entfernt werden. Die Regierung müsse daher vorher sich über Geltung und Ausführung des Artikels 5 des Prager Friedens äußern und das Haus erläutern, ob es Staatsverträge über gemeinvbindliche Gesetze halte. Sie stellten daher den Antrag, daß Abgeordnetenhaus solle die Regierung zu einer deutlichen Erklärung über die Rechtsbeständigkeit des Art. 5 und über die beabsichtigte Ausführung derselben auffordern und alsdann selber eine Resolution fassen über die Pflicht des Volks und der Regierung, bestehenden Verträgen nachzukommen. Erst nach Erfüllung dieser beiden Forderungen könnten sie sich über ihr Verhältniß zum Abgeordnetenhaus entscheiden. — Dieses Schreiben unterscheidet sich von den beiden früheren, welche die nordschleswigschen Abgeordneten in den beiden voraufgegangenen Landtagssessionen an das Abgeordnetenhaus richteten, dadurch, daß darin bestimmte Anträge gestellt sind, während sie früher sich auf die Erklärung beschränkt hatten, den Eid nur unter Vorbehalt leisten zu können. In dem gegenwärtigen Schreiben tritt die Eidfrage nicht in den Vordergrund, aller alle drei Schreiben kommen darin überein, daß sie auf Artikel 5 des Prager Friedens Zugriff nehmen. — Regierung und Abgeordnetenhaus hätten in dieser Beziehung Mangel an Klarheit gezeigt? Gewiß ein durchaus unberechtigter Vorwurf. Bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Annexion der Elbherzogthümer ist vom Ministerpräsidenten ausdrücklich hervorgehoben worden, daß der Art. 5 ausgeführt werden würde, daß er sich darüber aber noch nicht näher auslassen könnte, in welcher Weise diese Ausführung erfolgen werde. Von Seiten des Abgeordnetenhauses wurde bei derselben Gelegenheit beschlossen, die ganzen Herzogthümer in den preußischen Staat einzubringen, in die ganzen Herzogthümer die preußische Verfassung einzuführen. Die ganzen Herzogthümer sind also ein integrierender Theil des preußischen Staats, bis die in jenem Artikel des Friedens in Aussicht genommene Abstimmung stattgefunden hat, und das Abgeordnetenhaus hat also deutlich ausgesprochen, daß es eine Annahmestellung der beiden nordschleswigschen Abgeordneten nicht anerkennen könne. Was nun die gestellten Anträge betrifft, so wollen wir ganz von der formellen Seite ablehnen. Nach der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses nämlich sind es keine Anträge, sondern höchstens Petitionen, da ihnen die erforderliche Zahl von 15 Unterschriften fehlt. Aber auch davon abgesehen, lag für das Haus absolut keine Veranlassung, geschweige eine Röthigung vor, den Anträgen zu entsprechen. Zunächst waren die beiden Abgeordneten durchaus nicht zur Stellung solcher Anträge berechtigt, da, wie schon oft hervorgehoben, der Prager Friede einzig und allein zwischen den Souveränen von Preußen und Österreich geschlossen worden ist. Aber die Rechtsbeständigkeit des Artikel 5 ist ja von der Regierung nie bestritten worden. Wie käme das Haus denn dazu, die Regierung zu der beantragten Erklärung aufzufordern? Auf Ausführung des Artikels bestehen, ist nicht Sache des Abgeordnetenhauses, welches es nur mit dem gegenwärtigen Stand der Verhältnisse zu thun hat, also mit der Zugehörigkeit der ganzen Herzogthümer zu Preußen. Ein Drängen zur Ausführung des Artikels wäre um so weniger angebracht, als das Haus sehr wohl weiß, welche Schwierigkeiten zuvor zu beseitigen sind: Richtige Abgrenzung der Bezirke, in welchen die Abstimmung stattzufinden habt, Art der Abstimmung, Garantie von dänischer Seite für die Behandlung der abzutretenden deutschen Bewohner, der Wiederanfall des einen Theils der Schulden der Herzogthümer an Dänemark. Das Alles sind Fragen, die nicht so leicht zu lösen sind, deren Lösung aber herbeizuführen die Regierung, wie man weiß, sich die aufrichtigste Mühe gegeben hat. Würde aber wirklich auf Ersuchen des Abgeordnetenhauses die Regierung die beantragte Erklärung abgeben, wie könnte dadurch die Stellung der beiden Abgeordneten eine bessere werden? Die Erklärung der Regierung würde doch gewiß nicht lauten, der Artikel 5 werde sofort ausgeführt. Thatsächlich bliebe also das Verhältniß Nordschleswigs noch vor der Hand das bisherige. Er wäre nach wie vor preußisches Land, und da in demselben nach der Verfassung nur Preußen zum Abgeordnetenhaus wählbar sind, so müßten die Herren Krüger und Ahlemann also immerhin als volle Preußen in das Haus eintreten und könnten sich als solche nicht weigern, den vorgeschriebenen Eid zu leisten. Von der Resolution, zu welcher das Abgeordnetenhaus durch den zweiten Antrag aufgerufen ist, kann man füglich schwiegen. Die beiden Antragsteller müssen sich selber sagen, daß das Haus durch die Fassung einer solchen Resolution nur sich selber beleidigen würde. Es liegt aber auch keine Veranlassung dazu vor, da das Haus durch keinen Beschuß irgend welcher Art je den Verdacht erregt hat, es wolle geschlossene Verträge nicht gehalten wissen. Dies die Gründe, welche zur Ablehnung der gestellten Anträge führen müssen. Es ist kaum anzunehmen, daß eine "andere Instanz", an welche sich die Herren Krüger und Ahlemann wenden zu wollen drohen, anders entscheiden kann, wenn Vernunft und Recht die Entscheidung diktiert. Es ist daher ein wohlgemeinter Rath, daß die Herren ihre Drohung unausgeführt lassen mögen,

Editorate
1½ Sgr. für die fünfgeschossige
Reklame oder deren Raum,
höher, find an die Exposition zu richten und werden
für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

um so mehr, als der beabsichtigte Schritt von den schwersten Folgen für beide sein würde. Eine Appellation an einen der Souveräne von Frankreich oder Österreich würde Hochverrat sein.

△ Berlin, 1. Dez. [Erregte Debatte über den Kultus- und Konsolidationsgesetz. Freiherr v. d. Heydt.] An Heftigkeit können die Debatten über den Kultus- und Konsolidationsgesetz kaum einen höheren Grad erreichen, als sie ihn in der heutigen Sitzung erreicht haben. Es war der überaus aufregende Eindruck der heutigen Sitzung um so überraschender, als die ersten Stunden sich ruhig in der einzigen gebotenen Richtung bewegten, ohne große Debatten eine Position nach der andern zu streiten. Da brachte in ziemlich vorgerückter Stunde der Abg. Kosch, der unablässig für seine jüdischen Glaubensgenossen eintritt, die schwergekränkten Rechte der jüdischen Lehrer zur Sprache. Anfangs lachten die Herren auf der rechten Seite in gewohnter Weise über den alten Mann, die Thatsachen aber, die er ausführte, machten sie von Minute zu Minute ernster, und die überlaute Privatunterhaltung verstummte. An Glätte und Geschick, dem Gegner auszuweichen, leistete Hr. v. Mühlner das Bewundernswerteste, was er diesem Hause bisher geboten. Er übertraf sich selbst, aber er rief auch im Hause eine Erregung hervor, wie sie bis dahin kaum bemerkt wurde, und es bedurfte nur noch der wunderlichen Rede des Hrn. Wantrup, um diese Erregung auf den höchsten Grad zu steigern, der dann seinen Ausdruck in der meisterhaften und stellenweise ergreifenden Rede Wehrenpfennigs fand. Die Juden aber können sich dazu gratuliren, daß sich eben nur noch ein Wantrup findet, um den alten Kram gegen sie aus der Rumpfammer hervorzuholen. Was die jüdischen Soldaten und Offiziere betrifft, so muß diese für die Verhöhnung von Seiten des Hrn. Wantrup schon das Lob ihres Vorgesetzten und ihres Allerhöchsten Kriegsherrn entzädigen. — Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte gestern Abend die Berathung über das Konsolidationsgesetz fort, kam aber, wie wir vorher vermuteten, nicht viel über die allgemeine Debatte hinaus. Der Finanzminister Camphausen hatte zu seiner Assistenz die Geh. Räthe Meinecke und Wollny mitgebracht. In der Kommission sprach sich eine Stimme für das Gesetz aus, welche von drei Seiten scharf angegriffen wurde. Einerseits wurde dabei als eine Erschwerung bezeichnet, daß der Minister dennoch das Defizit deckt und aus dessen Ablehnung eine Kabinetsfrage machen wolle. Der Finanzminister führte im Wesentlichen aus, daß er die Vorlagen als einen ersten Schritt zu weiteren Reformmaßregeln betrachtet habe, und daß er nicht der Meinung sei, daß das Mislingen des Planes als eine gleichgültige Sache hingenommen werden könne. Bis er sein schwieriges Amt übernommen und sich überzeugt habe, daß Defizit sei durch Steuerzuschläge nicht zu decken, habe er zu Reformmaßregeln gegriffen, welche er seit Jahren erwogen habe. Er glaube, daran sehr wohlgethan zu haben und sehe den Folgen ruhig entgegen. Die Grenzen der Materie werde er in der Berathung nicht überschreiten. Es sei nicht in der Lage, alle Wünsche zu befriedigen. Geh. Rath Wollny suchte die Vorlage vom Rechtsstandpunkte aus zu vertheidigen, und die Referenten hielten ihren früheren Standpunkt fest. In der nächsten Sitzung soll die Spezialdebatte beginnen und enden. — Der heut erfolgte Eintritt des Abg. v. d. Heydt in das Haus erregte um so größere Überraschung, als Hr. v. d. Heydt vor wenigen Tagen eine Erneuerung seines Urlaubs nachgesucht hatte. Man ist gespannt, ob er sich der konservativen Fraktion wieder anschließen wird. Nach einer sicheren Nachricht dürfte der Schluss des Landtages erst um die Mitte des Februar erfolgen.

△ Berlin, 1. Dezember. [Die Thierarzneischulen. Das Militär-Reitinstut.] Mit dem nächsten Frühjahr sieht dem Bernheim nach eine veränderte Bestimmung über die beiden Thierarzneischulen zu Berlin und Hannover zu gewähren. Soviel darüber bereits verlautet, soll die erste Anstalt eine überwiegende, wo nicht ausschließliche Bestimmung für die Zwecke der Armeen erhalten, wogegen die Civilausbildung zu Thierärzten wahrscheinlich an die Thierarzneischule zu Hannover übertragen werden dürfte. Als fest beschlossen gilt, daß beide Anstalten erhalten bleiben. Thatsächlich überwog bei der berliner Thierarzneischule seit lange die Militärabfahrt derselben, welche neuerdings noch durch die Gründung des Belagsschmiede-Ausbildungs-Instituts eine Verstärkung erfahren hat. Dagegen ist seit 1866 die Thierarzneischule zu Hannover, welcher bis dahin die Ausbildung der Kavärsche für die hannöversche Armee oblag, durch den Wegfall dieser Aufgabe in einen entschiedenen Nachtheil getreten. Die dritte norddeutsche Thierarzneischule zu Dresden erfüllt diese Aufgabe für das sächsische Armeekorps noch jetzt und verlautet nicht, daß in Betrieb dieses Verhältniß eine Änderung eintreten werde. — Die Verlegung des Militär-Reitinstut nach Hannover scheint sich nach entschiedenen Beziehungen als wenig vortheilhaft herausgestellt zu haben. Es wird nämlich über die Kostenspieligkeit der dortigen Lebensverhältnisse geklagt, welche den weniger bemittelten Offizieren den Besuch der genannten Anstalt überaus erschweren. Nach einer anscheinend gut unterrichteten Angabe soll der dadurch bedingte Aufschluß sich auf monatlich 80 bis 100 Thlr. herausstellen. Es ist deshalb die Verlegung des Reitinstut nach einer kleineren Stadt und nöthigenfalls dessen Theilung in Anregung gebracht worden. Zur Zeit besteht dies Institut aus einem General-Vieutenant als Chef, einem ersten und zweiten Direktor, 1 Adjutanten, 9 als Lehrer dabei stationirenden Offizieren, 2 Stallmeistern und außer den sonst zum Stamm gehörigen Personen aus etwa 80 Offizieren. Zu der seit 1867 diesem Institut beigelegten Kavallerieoffizierschule werden jährlich von jedem Kavallerie-Regiment zwei, und von jedem Feldartillerie-Regiment ein Gefreiter zu einem einjährigen Kursus kommandiert, von welchen etwa 20 noch zu einem zweiten ebenfalls einjährigen Kursus auf der Anstalt verbleiben, so daß die Zahl der Mannschaften derselben sich demnach auf etwa 180 stellen würde.

* Verspätet eingetroffen.

— Der Bundeskanzler Graf v. Bismarck gedenkt, wie von vorn herein in Aussicht genommen war — bemerkt die „Prov.-Korr.“ — gegen Weihnachten von Barzin nach Berlin zurückkehren.

— Prinz Albrecht wird sich am nächsten Sonnabend nach Petersburg begeben, um an der Feier der hundertjährigen Stiftung des St. Georgs-Ordens teilzunehmen.

— Am Dienstag Abend fanden zur Besprechung der Abstimmungsfrage Versammlungen des 2. und des 4. Berliner Landtagswahlbezirks statt. Beide Versammlungen schlossen sich der Resolution des ersten Wahlbezirks an, „um dadurch, daß wo möglich die gesammte Wählerschaft Berlins in derselben Fassung ihre Gesinnung kundgibt, dem Beschlüsse höheren Nachdruck zu verleihen“. Ferner wurden zwei Zustimmungssadressen an den Abg. Ziegler votirt, und der des 2. Wahlbezirks folgender Zusatz beigelegt: „Der Wahlkreis hegt die Hoffnung, daß die Fortschrittspartei dem Gesamtbudget ihre Zustimmung versagt, wenn der Kultusminister dann noch am Nuder ist.“

— Von dem Vorstande des historischen und musikalischen Sachverständigenvereins war im Jahre 1867 der Abschluß einer Literarkonvention mit Russland bei der preußischen Regierung angeregt worden. Eine von letzterer nach Petersburg gerichtete Anfrage ergab die Geneigtheit der kaiserlichen Regierung, auf Grund der von Russland mit Frankreich beziehentlich Beigaben abgeschlossene Literarkonvention mit Preußen über eine solche Konvention in Unterhandlung zu treten. Die Gründung dieser Unterhandlung wurde durch Ermitteilungen über die Lage der begülligen russischen Gesetzgebung verzögert, und gegenwärtig ist die preußische Regierung der Ansicht, daß der Sache nicht mehr durch sie, sondern durch den Bunde Fortgang zu geben sei. Einverstanden mit dieser Ansicht, hat der Bundeskanzler zunächst den Bundesgesandten in Petersburg beauftragt, sich zu vergewissern, ob die von Russland vor zwei Jahren auf die Anfrage Preußens kundgegebene Bereitwilligkeit gegenwärtig gegenüber dem Bunde besteht. Die russische Regierung hat hierauf ihre Geneigtheit, mit dem Norddeutschen Bunde in Verhandlungen wegen Abschlusses einer Literarkonvention einzutreten, erklärt, und zugleich die unterm 18. (30.) Juli 1862 zwischen Russland und Belgien abgeschlossene Literarkonvention als eine geeignete Grundlage für solche Verhandlungen bezeichnet. Der Bundeskanzler erachtet, wie der „D. A. B.“ geschrieben wird, im Einverständniß mit den Regierungen von Preußen und Sachsen diese Verhandlungsbasis für annehmbar und hat daher bei dem Bundesrat den Antrag gestellt, sein Einverständniß damit zu erklären, daß das Präsidium im Namen des Bundes mit Russland über den Abschluß einer Literarkonvention auf der ange-deuteten Grundlage in Unterhandlung trete.

Hamburg. 1. Dezember. Nach dem „Wandsb. Korresp.“ lautet das von der Militärbörde erlassene Erkenntniß in Bezug auf die Militärrezepte in Wandsbeck folgendermaßen:

Die Ulanen Muns., Gifs., Reich sind wegen Zersetzung fremder Sachen und Betheiligung an einem Angriffe, der erhebliche Körperschädigung eines Menschen herbeiführte, unter Auslohnung aus dem Soldatenstande zu 2½ Jahren Zuchthaus, die Ulanen Ibe., Tschichk., Hinze., Berg und Hahle zu neunmonatlicher Festungsstrafe, der Sekondlieutenant v. Kothe wegen Verlegung der Dienstpflicht zu dreimonatlichem Festungsarrest verurtheilt worden. Der König milderte das erste Urtheil in einjährige Festungsstrafe, das zweite in viermonatliche Festungsstrafe. Das dritte Urtheil ist bestätigt worden.

Bremen. 1. Dezbr. (Tel.) Der Dampfer „Donau“ vom Norddeutschen Lloyd ist mit der amerikanischen Post, in Folge Rebels verpaßt, heute 11½ Uhr Vormittags in Bremerhaven eingetroffen.

Sternberg. 30. Nov. In der heutigen Sitzung des Landtages kam der Bericht des Justiz-Komitee über das Diktat des Bürgermeisters Pohle in Betriff des Bundes-Oberhanselsgerichts zur Vorlage. Die Majorität des Komitee bestreitet die Kompetenz des Bundes sowohl aus Artikel 4, als aus Artikel 78 der Bundesverfassung und verlangt die Wahrung der ständischen Rechte, während die Minorität die Kompetenz durch Artikel 4 für begründet erachtet. Die Landschaft erklärte sich mit Stimmengleichheit gegen eine Separatverhandlung. Die Debatte soll morgen fortgesetzt werden.

Dresden. 1. Dez. (Tel.) In der Abgeordnetenkammer wurde das neue Preßgesetz mit 70 gegen 1 Stimme angenommen, dagegen wurde der Antrag auf Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Berichte über Gerichts-, Landtags- und Reichstagsverhandlungen mit Rücksicht auf die bevorstehende Bundesgesetzgebung zurückgeworfen, und die Erwartung ausgesprochen, die Staatsregierung werde bei der Bundes-Strafsprozeßordnung auf Übertragung der Preßvergehen an die Geschworenen hinwirken. — Eine Bittschrift der leipziger Studentenschaft wegen Abschaffung des besonderen Gerichtsstandes wurde einstimmig der Regierung zur Verübungsfähigkeit anempfohlen. Die Regierung erklärte sich bereit, einen bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen.

Altenburg. 1. Dezbr. (Tel.) Der Landtag hat zum Bau der Eisenbahn von Zeitz nach Altenburg 200,000 Thlr. Staatssubvention bewilligt. Die Konzession ist ertheilt und die Ausführung der Bahn vollständig gesichert. Der Bau wird bereits Anfang des nächsten Jahres beginnen.

Karlsruhe. 1. Dezbr. (Tel.) Die Abgeordnetenkammer genehmigte einstimmig die Rheinschiffahrtsakte der Rheinländerstaaten vom 17. Oktober 1867 und trat sodann in die Bevathung des Genossenschaftsgesetzes. Eine längere Diskussion erhob sich über die Solidarhaft. Die Sitzung dauert fort.

München. 1. Dezbr. (Tel.) Es wird versichert, daß alle Gerüchte über Unterhandlungen mit Thüning und Schrenck wegen Übernahme von Ministerposten unbegründet sind.

ÖSTERREICH.

Wien. 28. Nov. Die „Presse“ schreibt mit Bezug auf die Vorgänge in Dalmatien:

„Vielleicht stehen wir wieder am Vorabend eines Krieges. Derselbe würde zwar nicht ein Kampf im großen Style werden; Montenegro ist kein Gegner, der gewaltige Heerhaufen auf die Wahlstätte zu bringen vermag und in ritthaler offener Feldschlacht um die Palme des Sieges ringt. Unsere Truppen werden nur einen südlichen Berg- und Buchtkrieg gegen die rauflustigen Untertanen des Fürsten Nikita zu führen haben, bevor durch eine Okkupation der Bernagora die Quelle verstopft werden kann, aus welcher der Aufstand in den Bocche di Cattaro immer wieder neue Kräfte an sich zieht. Die Eigenthümlichkeit dieser Kampfweise wird aber den Lazaretten sehr viele Verwundete zuführen und noch mehr Leidende werden den Feldspitälern durch die Krankheiten zwanzig, welche aus der Ungezügtheit des Klimas und der in solcher Bergwüstenei selbst bei den zweitwichtigsten Vorkehrungen noch immer sehr mangelhaften Verbesserung entstehen müssen.“

— Neben den dalmatinischen Aufstand und die österreichische Armee wird uns geschrieben:

Der dalmatinische Aufstand scheint zunächst bestimmt, auf militärischem Gebiet eine zu der ursprünglich so geringen Bedeutung dieser Erhebung nicht entfernt im Verhältniß stehende Rückwirkung auszuüben. Zwei der wichtigsten militärischen Fragen, die der Armeereduktion und die Bewaffnungsfrage haben durch denselben bereits eine durchgreifende Aenderung erfahren, und zwar hat sich für beide Fragen das eingetretene Resultat durchaus entgegen der bisher nahezu allgemeinen Annahme herausgestellt. Was zunächst die Armeereduktion betrifft, so erscheint es jedenfalls als ein felsames Spiel des Zufalls, daß gegenüber der noch im vollen Fluss befindlichen Agitation für

eine allgemeine Entwaffnung oder doch Abrüstung durch diesen Aufstand die Gefahr eines solchen Vorgehens in das hellste Licht gestellt worden ist, wie daß denselben gegenüber die einzige zur Zeit für die Abrüstung vorhandene reale Idee sich, mindestens gefaßt, so schwach ausgewiesen hat, um eine Empfehlung derselben kaum noch als möglich betrachten zu können. Von Österreich war durch die Annahme des gemischten Militärsystems für seine neue Armeeorganisation die Idee der Reduktion praktisch in Ausführung gesetzt worden. Die stehende Armee hatte auf Grund des erwähnten Systems eine Verminderung von 100,000 Mann erfahren, und man hoffte das Kriegsbudget allmählig im Vergleich zu der Höhe derselben bis 1868 um 40 bis 50 Millionen verringern zu können. Die Grundlage dabei war nur ein Drittel der freitlichen Macht durch eine längere aktive Dienstzeit zu wirklichen Soldaten auszubilden, die anderen zwei Drittel hingegen in einer auf acht Wochen bemessenen Ausbildungsfest zu notdürftig auszugezogen und sie bis zu ihrer etwaigen Einberufung für den Kriegsfall, oder zu den zeitweilig staithabenden Übungen wieder in ihre Heimat zu entlassen. Es war das genau das System, welches von 1808 bis 1815 auch für das preußische Heerwesen die Grundlage gebildet, und sich damals so glänzend bewährt hatte. Die Erwartungen für den Erfolg dieses von Österreich wieder aufgenommenen Militärsystems dürften demnach als die günstigsten erachtet werden, und mit dem Statthalter dieses Erfolges würde wahrscheinlich dadurch auch in der That eine neue militärische Ära für ganz Europa eingeleitet werden sein. Es ist nun aber bei der ersten ersten Eprobung dieser Erfolg nicht nur ausgeblieben, sondern es muß ganz unbedingt die durch die statthabende Armeereduktion bemerkte Nachstellung der österreichischen Truppen gerade als eine der Hauptursachen betrachtet werden, durch welche ein rasches Niederschlagen und Auslösen des Aufstandes verhindert worden ist. Notorisch haben die auf eine Kadettstärke von je 240 Mann gesetzten österreichischen Bataillone nach Abgabe der nötigen Besatzungs- und anderen Kommandos kaum noch in der Stärke von schwachen Kompanien zu operieren vermöcht. Was jedoch bedenklicher noch, es hat wegen der gleichfalls erfolgten Reduktion der Chargen die Stellung dieser Bataillone auf Kriegsfuß selbst bis jetzt nur höchst unvollkommen bewirkt werden können. Bei der genauen Begrenzung der aufständischen Distrikte standen aber in diesem Hause die Umstände hierfür noch lange nicht so ungünstig, als sie sich in jedem anderen Lande etwa bei einem allgemeinen Arbeiteraufstande stellen würden, durch welchen sich die Einberufung der Reserve einfach verbieten würde. In Betreff der Bewaffnungfrage hat sich hingegen bei dem dalmatinischen Aufstande genau die Eröffnung wiederholt, welche schon in Abysgien vorgegetragen, damals jedoch nur leicht hin als eine Unfähigkeit behandelt worden ist. So günstig nämlich grade die Fechtweise in den dalmatinischen Bergen für die Anwendung der hinterladungsgewehre erkannt werden muß, so haben sich die denselben nachgeführten Vorstöße bisher doch in keiner Weise geltend zu machen gewußt. Es scheint demnach der so unvergängbare Werth dieser Gewehre doch erst durch die rechte Handhabung derselben bedingt zu werden. Auch für die Bewaffnung dieser Waffe darf nach diesen nun schon zweimal gemachten wenig günstigen Erfahrung demnach ein Rückslag wohl erwartet werden. Die Nachrichten liegen indeß über diesen zweiten Umstand noch zu spärlich vor, um auf die unmittelbaren Ursachen dieser bestremlichen Erscheinungen schon jetzt spezieller eingehen zu können.“

FRANKREICH.

Aus der Schweiz, 28. Nov. Der Auslieferungsvertrag mit Belgien ist am 23. Nov. auf dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement unterzeichnet worden, für die Schweiz durch Bundesrat Knüsel und für Belgien durch den belgischen Prinzen Caron.

FRANKREICH.

Paris, 29. Nov. Die Eröffnung des gesetzgebenden Körpers, schreibt die „Köl. Z.“, ging heute in der gewöhnlichen Weise vor sich, nur mit dem Unterschiede, daß die Kaiserin derselben nicht anwohnte. Wie jedes Jahr, so verließ auch heute der Kaiser Schlag 1 Uhr die Tuilerien, um unter dem Donner der Kanonen, dem Wirbeln der Trommeln und dem Schmettern der Trompeten nach dem Ständesaal hinüberzufahren. Nationalgarde, Garde-Voltigeurs und Grenadiere bildeten Spalier. Der Zug selbst bestand aus vier Zweispännern. Im ersten saß der Kaiser und der kaiserliche Prinz; ersterer war in Generals-Uniform, letzterer in seiner gewöhnlichen Tracht. Die Eskorte bildeten Lanciers und Hundertgarden. Die Zeremonie im Saale dauerte ungefähr 20 Minuten. Dieselbe war die nämliche wie in früheren Jahren. Der Kaiser sah ganz gut aus; doch schien er etwas gealtert zu sein. Bei seinem Eintritte in den Saal hatte er den kaiserlichen Prinzen an der Hand. Wie immer, erklangen in diesem Augenblicke lebhafte Hochs auf den Kaiser und den kaiserlichen Prinzen. Dieselben erneuerten sich, als der Kaiser, nachdem er den Thron bestiegen, seine Rede ablas und sagte: „La France vent la liberté, mais avec l'ordre.“ Der Beifallsturm hielt einige Minuten an. Der Kaiser sprach diese Worte mit ziemlich lauter Stimme aus. Groß war auch der Beifall, als er von den neuen Reformen sprach. Der Prinz Napoleon, welcher der Sitzung anwohnte, befand sich auf der Linken, der kaiserliche Prinz zur Rechten des Kaisers. Nach der Rede fand der namenliche Aufzug aller Deputirten statt. Auch der Name Nochforts wurde genannt. Derselbe war natürlich nicht anwesend. Von der Linken wohnte der Sitzung nur Belmont an, alle Andern glänzten durch ihre Abwesenheit. Noch bemerkte man, daß, als der Kaiser in den Saal trat, der Prinz Napoleon ihm entgegen eilte, um ihm die Hand zu drücken. Nach beendetem Zeremonie fuhr der Kaiser wieder nach den Tuilerien. Die Menge auf dem Place du Caroussel, der bekanntlich zwischen Louvre und Tuillerien liegt, war schon von 11 Uhr Morgens an eine ungeheure. Dieselbe war bei Weitem zahlreicher, wie in früheren Jahren. In den verschiedenen Gruppen ging es auch sehr lebhaft zu. Es wurde nicht geschrien, auch keine Demonstration gemacht, aber man diskutierte über die politischen Ereignisse. Raspail und besonders Nochfort bilden den Hauptgegenstand der Debatten. Als der Kaiser erschien, verhielt sich die Menge plötzlich äußerst ruhig. Es erklangen wohl einige „Vive l'Empereur! Vive le prince impérial!“ aber sie fanden keinen Anklang. Die Nationalgarde und die Truppen verhielten sich auch vollständig ruhig. — Zur Charakterisierung des Eindrucks, welchen die Thronrede auf die Opposition gemacht, entnimmt die „Köl. Z.“ dem „Tempo“ folgende Stelle:

„Täuschen wir uns nicht, so ist die kaiserliche Thronrede weit davon entfernt, dem zu entsprechen, was die Lage erforderte. Da ihrem Eingange und namentlich in ihrem Ausfalle gegen die „Umsitzleidenschaften, die strafbare Ausbreitungen und die mächtigen Angriffe“ hat sie den Fehler oder die Fatalität an sich, die letzten Thronen Karls X. und Louis Philippe ins Gedächtnis zu rufen. Solche Annäherungen sollte man unserer Ansicht nach nicht suchen. Außerdem gibt der Kaiser keineswegs den Standpunkt der persönlichen Gewalt auf. Den Deputirten gegenüberstehend, sieht er sich allein das Recht beizulegen, „laut zu erklären, was der Wille des Landes ist“, und sieht, wie ein Vormund d. Nation, für die Ordnung ein. Der legte Senatsbeschuß ist weder das Resultat der Wahl noch der Initiative der 1:6, wie diese sich eingerechnet hatten; es ist die logische Folge der vorhergehenden Reformen“, und folglich wie diese nur eine durchaus gnadenvolle Konzeßion, die ohne Zweifel von der persönlichen Gewalt zurückgenommen werden kann. Was die jüngsten Reformen betrifft, so sind sie auf das geringste passende Maß beschränkt. Die Wahlen werden aus den Mitgliedern der Gemeinderäthe ausgeführt, aber wie es scheint, nicht in Folge einer Wahl. Neben den Artikel 75 nichts und was ganz erstaunlich, ja, fast unbegreiflich ist, nichts über ein neues Wahlgesetz, dessen Dringlichkeit doch so allgemein erkannt

worden ist. Bekner nichts über die Aufhebung der Preßhemmisse. Kein Antritt endlich an die Initiative der Deputirten, die danach wohl nur als eine Honorifizierung zu betrachten wäre. Die Regierung spricht eben immer so, als sei sie alleiniger Besitzer des Rechtes und Herr aller Gelegenheiten. Die Partie, welche den auswärtigen Angelegenheiten vorbehalten ist, erscheint ganz leer und hat mehr den Charakter eines akademischen Stücks, als den einer politischen Rede. Es gibt in der Welt verschiedene Fragen, welche Frankreich interessieren, und namentlich fordert der Stand der Dinge im Orient einige Auflösungen, aber die Rede enthält deren keine, sondern über unsere auswärtigen Beziehungen einen eben so bestimmten wie absoluten Optimismus fund. Selbstverständlich werden wir auf dieses Dokument zurückkommen und es gründlicher prüfen, aber wir fürchten sehr, daß wir darin nichts anderes finden werden, als verschleierte Drohungen, ein sehr ungenügendes Programm für Reformen und die unheilbaren Illusionen der persönlichen Gewalt.“

Paris, 1. Dez. (Tel.) Im gesetzgebenden Körper erhielten bei der Wahl zum Präsidenten Schneider 151, der Ackerbau minister Leroux 53, Grévy 37 Stimmen. 26 Wahlzettel wurden unbeschrieben abgegeben. Schneider ist mithin gewählt und nimmt das Wort, indem er sich Glück wünscht, den Präsidentenstuhl in Folge der Achtung seiner Kollegen inne zu haben. Es sei eine Ehre für ihn, daß er an die Spitze der Versammlung gestellt sei. Persönliche Gründe könnten ihn veranlassen, diese Ehre abzulehnen, er betrachte es aber als eine Pflicht, sich überall zur Disposition seiner Kollegen zu halten zu einer Zeit, wo das Land Dienste fordere (Beifall). Auf eine deßhalbige Bemerkung Keratys erklärt der Präsident, daß das gegenwärtige Bureau nur für die außerordentliche Session ernannt werde. Darauf beginnt die Wahl der Vizepräsidenten. Es wurden gewählt: Talhouet mit 244, Chevandier mit 141, Berôme David mit 137 und Dumiral mit 144 St. Von den übrigen Kandidaten erhielten: Darn 98, Grévy 73, Buffet 75, Busson Villault 67, Ségris 28 und endlich Méje 24 Stimmen.

Spanien.

Madrid, 28. Nov. Das Todesvotum gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens während der Aufhebung der verfassungsmäßigen Freiheiten hat sofort das erwartete Schicksal gehabt. Obwohl Piñay Margall mit aller Macht und Schärfe seiner Rede den Antrag befürwortete, und Prim nur wenige Sätze antwortete, indem er eine vollere Vertheidigung auf die Zeit hinauszchieben wollte, wenn die Verfassung wieder ganz in Kraft gesetzt sein würde, fand sich doch außerhalb der seit gestern wieder besetzten republikanischen Bänke Niemand, der sich für das Todesvotum erhob. Das Haus verweigerte mit 146 gegen 35 Stimmen, den Antrag überhaupt in Erwägung zu ziehen. Das Gesetz, welches die aufgehobenen Verfassungsbestimmungen wieder herstellen soll, wird dem Vernehmen nach in den ersten Tagen vorgelegt werden. — Da Figuerola die von Ardanza vorgeschlagene Bestennerung des Ertrages der Staatspapiere um 20 Proz. beibehalten zu wollen scheint, so haben sich Inhaber inländischer Rente zusammengetan, um einen Protest gegen diese Verkürzung ihrer Interessen einzureichen. Der „Imperial“, obwohl ein sehr regierungsfreundliches Blatt, unterstützt sie.

ITALIEN.

Florenz, 30. Nov. (Tel.) Die Kammern sind wieder zusammengetreten. Präsident Lanza war nicht anwesend.

TÜRKEI UND DONAUSÄNTHERNER.

— Die Pforte hat, wie die „B. und H. Z.“ aus guter Quelle vernimmt, unter einzelnen fast selbstverständlichen Verwahrungen, dem Vernehmen nach sich bereit erklärt, den mit dem Erlaß eines „Ferman explicatif“ in dem türkisch-egyptischen Konflikt vorgeschlagenen Lösungsmodus zu akzeptiren. Diese Verwahrungen dürften im Wesentlichen dahin lauten, daß ihre Zustimmung zu einer Konferenz der Mächte, — denn eine Konferenz ad hoc steht im Hintergrunde des gedachten Ferman, sobald der Vizekönig die Interpellation der Pforte nicht adoptieren würde — nicht als die Anerkennung eines internationalen Charakters einer ganz und ausführlich inneren Frage gedeutet werde und daß die Konferenz sich nicht als ein Forum geriete, dessen Spruch mit verbindender Kraft ausgestattet erscheine.

Kairo, 30. Nov. (Tel.) Am Sonntag den 5. Dez. wird hier in feierlicher Weise und in Gegenwart des Kronprinzen von Preußen der Grundstein zur evangelischen Kirche gelegt.

Korfu, 30. Nov. (Tel.) Der Kaiser von Oesterreich ist heute wohl behalten hier eingetroffen.

Bukarest, 30. Nov. (Tel.) Die Differenzen im Ministrium sind durch die Vermittelung des Fürsten wieder ausgelöscht.

AMERIKANISCHE STAATEN.

Einem Telegramm aus Newyork zufolge sind die Generale Babcock und Ingalls nach St. Domingo abgereist, um den Verhandlungen Behufs Einverleibung der Inseln in die Vereinigten Staaten beizuwohnen. Eine Bestätigung jenes Telegramms enthält sein an die „Times“ gerichtetes Schreiben des dominikanischen General-Konsuls Hartmont, in welchem nach Ernährung des in der Stadt St. Domingo zwischen der Regierung jener Republik einerseits und dem General Babcock und Senator Cole als Beauftragten der Vereinigten Staaten andererseits abgeschlossenen Vertrages über den Kauf der Samanabucht weiterhin behauptet wird, daß die gesplogenen Unterhandlungen gutem Vernehmen nach auch den Anschluß der ganzen Republik an die Vereinigten Staaten zum Ziele hatten.

VOM VANDAGE.

31. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 1. Dezember. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministrertische der Kultusminister mit zwei Kommissarien. Abg. v. Zander zeigt an, daß er aus seiner bisherigen Stellung als Regierungsrath in die als Kreishauptmann versetzt worden sei. Die Geschäftsförderungskommission wird prüfen, ob sein Mandat fortduert.

Die Berathung des Etats des Kultusministeriums wird fortgesetzt. Bei Titel 15 rügt Abg. Techow, daß bei den Ernennungen zu Provinzial-Schulräthen auf das Real Schulwesen gar keine Rücksicht genommen werden.

Der Kultusminister: Das höhere Schulwesen sei als eine Einheit zu betrachten, in die durch die Art der Ernennungen kein Zwiespalt gebracht werden darf. Zu Titel 19 (Universitäten) werden folgende Anträge der Kommissarien des Hauses genehmigt: daß etwaige Änderungen bei den eingestellten Universitätsinstituten künftig im Etat begründet und daß die Minimalsätze der Gehälter der Universitätslehrer im nächsten Etat erhöht werden.

Es beantragen ferner als künftig wegfallend zu bezeichnen 1000 Thlr. von dem Gehalt des Universitätskurators zu Göttingen nebst

500 Thlr. Miethsentschädigung, 2400 Thlr. für die Kuratorstellen in Breslau, Königsberg und Kiel, wo sie Nebenämter der Oberpräsidenten sind (a 800 Thlr.) und 800 Thlr. für den Kurator in Marburg abzusezen.

Der Kultusminister: Es herrscht ein ungünstiges Vorurtheil gegen die Universitätskuratorien, weil man sie für ein Produkt der Karlsbader Beschlüsse hält. Das Institut findet sich aber schon im 16. und 17. Jahrhundert unter dem Namen Kan. conservator academiae ic. Durch die Karlsbader Beschlüsse erhielten die Kuratoren nur noch die Funktionen eines speziellen Regierungsvollmächtigten, welches Amt jedoch durch Bundesbeschluss von 1848 wieder aufgehoben wurde. Seitdem traten sie wieder in die Stellung zurück, die sie nach der Steinischen Erregung von 1848 hatten. Sie haben es hauptsächlich mit der Verwaltung des großen Vermögens der Universitäten zu thun, ihr Amt ist also kein unndliches und keine Sinekure, das geht auch daraus hervor, daß bei sämtlichen übrigen deutschen Universitäten dasselbe Amt sich vorfindet.

Abg. Behrensen: In Greifswald existiert kein Kurator, die Geschäfte werden dort von einem sachverständigen Professor unter Beistand eines Amtmanns besorgt.

Abg. Glaser: Die Verwaltung des Vermögens und der Institute ist von einer entfernten Zentralstelle aus unmöglich, und, wenn möglich, teurer, als das Gehalt der Kuratoren.

Abg. Kärsten: Es ist zweifelhaft, ob die Gehälter der Oberpräsidenten im vorigen Jahre erhöht wären, wenn man von diesem Nebengehalt einiger Leute genutzt hätte. Entweder erfordert das Amt des Kurators so wenig Tätigkeit, daß es von den Oberpräsidenten als Ehrenamt unentgeltlich verwaltet werden kann, oder es ist so umfangreich und verwickelt, daß dazu ein besonderer Beamter nötig ist, für den dann aber auch ein Gehalt von 800 Thlr. nicht ausreicht.

Der Antrag der Kommissarien wird genehmigt. Die fachlichen Kosten des Marburger Kuratoriums (500 Thlr.) will Uloth ebenfalls streichen; das Haus bewilligt sie jedoch, nachdem Virochow ausgeführt, daß das Bureau nothwendig sei, auch wenn kein Kurator existiert.

Abg. Kosch: Warum ist die im v. J. bewilligte erste Rate von 10,000 Thlrn für den Neubau eines Gebäuden-Lehrinstituts in Königsberg nicht zur Verwendung gelangt und in diesem Jahre keine weitere Rate zu diesem Zweck verlangt? Warum ist ferner die seit fast einem Jahre vakante Stelle des Dozenten der neueren Sprachen in Königsberg nicht wieder besetzt?

Reg.-Komm. Knerk: Der Bau ist noch nicht begonnen, weil noch Erörterungen darüber schwieben, ob man nicht dasselbe am zweckmäßigsten mit der geburtshülflichen Klinik vereinigt. Die Professur soll so bald wie möglich wieder besetzt werden.

Abg. Dr. Röppell: Es fehlt überhaupt an Professuren für die romanischen Sprachen. An den meisten Universitäten sind nur Lektoren, Sprachmeister ange stellt, die natürlich nur wenig befähigt sind, taugliche Lehrer der neueren Sprachen an den Realschulen heranzubilden.

Der Kultusminister: Ich erkenne das Bedürfnis in vollem Maße an und thue, was in meinen Kräften steht, um es zu befriedigen. An der Universität Berlin ist jetzt in dieser Beziehung aufs Trefflichste gesorgt.

Abg. Schmidt (Stettin): Die Schwierigkeit liegt wohl hauptsächlich im Geldpunkt. Wenn der Finanzminister dem Unterrichtsetat eine Million weniger bewilligt, als diese verlangt, so ist es nicht zu verwundern, wenn viele Wünsche unerfüllt bleiben.

Auch der Antrag der Kommissarien, daß das Gehalt des zweiten Universitätsrichters in Göttingen mit 1200 Thlr. als künftig wegfallend bezeichnet werde, wird genehmigt.

Ellissen und Windthorst (Meppen) beantragen, daß spätestens im nächsten Etat die Summen für ein landwirtschaftliches Institut, ein agrar-kultur-chemisches Laboratorium in Göttingen und für die Verlegung der landwirtschaftlichen Versuchsstation von Weende nach Göttingen in Aussicht gestellt werden.

Abg. Ellissen: Die Verbindung eines landwirtschaftlichen Instituts mit der Universität hat sich in Halle von Nugen erwiesen. Halle erfährt aber in dieser Beziehung seit 1½ Jahren von Leipzig aus große Konkurrenz, so daß es wünschenswerth erscheint, in Preußen wenigstens noch mit einer anderen Universität ein landwirtschaftliches Institut zu verbinden. Am meisten eignet sich Göttingen dazu, weil hier schon ein guter Grund für den landwirtschaftlichen Unterricht gelegt ist. Außerdem befindet sich die Universität Göttingen seit 3½ Jahren in einer für ihre Blüthe und segnende Wirksamkeit sehr prekären Lage, denn die ihr gewährte Erhöhung ihres Etats ist nur eine scheinbare. Überhaupt hat diese Universität ihre guten Tage unter der früheren Regierung verloren, wo ihr seit der Mitte der vierzig Jahre bis 1866 an außerordentlicher Beihilfe allein 291,000 Thlr. gewährt wurden. Seitdem ist aber geradezu gar nichts geschehen und es bleibt ihr nur der Drost, daß auf die letzten Jahre die mageren folgen, bei denen sich Egypten freilich nicht sonderlich wohl befunden hat. Für 1866 war uns eine Verbesserung der Bibliothek in Aussicht gestellt. Der Dr. Kultusminister hat uns auch vor kurzer Zeit einige Depositorien für den theologischen Büchersaal bewilligt, in denen wir nun unsere übrigen Wünsche für die Bibliothek niederlegen werden; die in unserer Antrage enthaltenen aber haben darin keinen Platz, die müssen erfüllt werden, wenn nicht die Wissenschaft eine große Schädigung erleiden soll.

Reg.-Komm. Knerk: Die Regierung hat für die Hebung des landwirtschaftlichen Unterrichts an der Universität Göttingen durch den Ankauf eines Grundstücks die ersten Schritte gethan. Das Grundstück ist dem landwirtschaftlichen Ministerium überwiesen. Für die Verlegung der Versuchsstation sind mit dem Zentralausschuß in Celle Verhandlungen eingeleitet, es scheint jedoch, daß er die Kosten nicht übernehmen wird.

Abg. Virochow hält den Antrag für zu weit gehend, man müsse der Regierung überlassen, die für den landwirtschaftlichen Unterricht bewilligten Gelder auf die einzelnen Universitäten je nach Bedürfnis zu verteilen. **Abg. Windthorst (Meppen)** legt nach der Erklärung des Regierungskommissars auf den Antrag keinen Wert mehr. Daß die landwirtschaftliche Anstalt in Göttingen ins Leben treten müsse, darüber seien alle Sachverständigen einig.

Vor der Abstimmung zieht Abg. Ellissen den Antrag zurück. Dagegen wird folgender Antrag der Kommissarien genehmigt: die Regierung wiederholt und dringend aufzufordern, die in den vorigen Sessionen gefassten Beschlüsse in Ausführung zu bringen: 1) die empfohlene Einrichtung landwirtschaftlicher Lehrstühle an der Universität zu Königsberg und Breslau, sowie an der Universität zu Kiel, und die Einrichtung der für diese Lehrstühle erforderlichen akademischen Nebeninstitute auf den Etat zu bringen; 2) die thürnische Abhilfe der landwirtschaftlichen Akademie in Göttingen, sowie insbesondere die Verlegung der landwirtschaftlichen Versuchsstation von Weende nach Göttingen zu veranlassen; 3) für die Errichtung eines Lehrstuhls der polnischen Sprache und Literatur an der Universität in Berlin baldmöglichst Sorge zu tragen.

Auf den Antrag Virochows werden 500 Thlr. für den Universitätsrichter in Kiel gestrichen, jedoch auf den Antrag Kärstens dem Betrage für Bauosten der Universität Kiel zugefügt, derselbe also von 3800 auf 4300 Thlr. erhöht. Ohne Debatte wird der Antrag Dr. Beckers, die Regierung möge auf eine Erhöhung des Etats für die k. Paulinische Bibliothek zu Münster Bedacht nehmen, angenommen.

Bei Art. 21 (Satzausfälle zu Gymnasien und Realschulen) bittet Abg. Techow, daß im nächsten Jahre endlich der durch die Verordnung von 1863 aufgestellte Normaletat für Gymnasiallehrer erfüllt werde. Von den 72 unter dem Patronat des Staates stehenden Gymnasien haben erst 22 diesen Normaletat erreicht und doch sind nur 29,000 Thlr. erforderlich, um den berechtigten Forderungen der Lehrer zu entsprechen. Gleichzeitig hofft Redner, größere Summen für dringend nothwendige Bauten auf dem nächsten Etat zu finden.

Abg. Schmidt (Stettin) macht darauf aufmerksam, daß an den höheren Lehranstalten bei Bezeichnung der Stellen und Übertragung der Disziplinen noch vielfach konfessionelle Rückichten maßgebend sind. Am Hochimperialen Gymnasium in Berlin hat man einem Lehrer den deutschen Unterricht entzogen, weil er Katholik war, als ob die Katholiken eine besondere deutsche Sprache sprächen; einem anderen Lehrer, der die Fakultät für Religionsunterricht hatte, wurde er genommen, weil es ihm an der nötigsten religiösen Wärme fehle, als ob der Oberkirchenrat einen Thermometer zur Messung dieser Wärme besäße. — Zu bedauern ist ferner, daß der Gesundheitspflege in den Schulen zu wenig Aufmerksamkeit zugewendet wird. Eine Schrift des Statistiklers Engel kommt zu dem melancholischen Resultat, daß von den zum einjährigen Militärdienst Berechtigten 90 Prozent dienstuntauglich sei, eine Thatjache, die zum großen Theil ihren Grund in dem längeren Besuch ungeeigneter Schulräume habe. Virochows instruktive Schrift über diesen Gegen-

stand ist ins Französische übersetzt, und in der pariser Akademie der Wissenschaften rühmlich erwähnt worden. Hoffentlich wird man nicht so lange warten, dieser Schrift einen reformirenden Einfluß zu gewähren, bis uns die Reformen wieder aus Frankreich zurück importirt werden.

Der Kultusminister: Die für den Normaletat noch erforderlichen 29,000 Thlr. seien bereits in diesem Jahre beim Finanzministerium nachgelegt und nur mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage unberücksichtigt geblieben. Der erwähnten Schriften werde alle Aufmerksamkeit zugewendet und den angeregten Reformen Rechnung getragen.

Während der Abg. O hm sich über Verlegung der Parität in einem westfälischen Gymnasium beschwert, bezüglich, deren der Minister eine Untersuchung zufügt, tritt Abg. v. d. Heydt in das Haus und nimmt auf den Bänken der Frechten Platz, die ihn lebhaft bewillkommt.

Abg. Dr. Virochow: Es sind jetzt mit einem Maße geistliche Visitationen der höheren Schulen beliebt worden von einer Seite, die im sonstigen Organismus der Unterricht abhebenden keine Stelle hat, von dem Generalsuperintendenten. Wie kommt es, daß gegenüber den höheren Schulen das Provinzialschulcollegium nicht mehr als allein zuständige Aufsichtsbehörde betrachtet wird, daß speziell klerikale Behörden in diese Aufsicht eingetragen werden? Man überschätzt da ganz und gar die Stellung, welche dem religiösen Unterricht auf unseren Lehranstalten verständiger Weise einzuräumen ist. In den unteren Klassen mag dieser Unterricht entsprechend dem Unterricht in der Volksschule ertheilt werden. Während der Zeit jedoch, wo die jungen Leute in den mittleren Klassen sitzen, besuchen sie durchgängig zugleich den Konfirmationsunterricht, es ist also während dieser Zeit das Bedürfnis eines besondern religiösen Unterrichtes überhaupt nicht vorhanden. Nach erfolgter Konfirmation endlich sind die jungen Leute in Bezug auf den Religionsunterricht im engeren Sinne als Schüler nicht mehr zu betrachten. Es ist also um so weniger Grund vorhanden, den religiösen Unterricht in den oberen Klassen so einzurichten, daß er nachher noch durch besondere klerikale Organe kontrolliert werden muß. Wenn man es dennoch thut, wenn man fortwährend das religiöse Gepräge schürt, dann werden die Kommunen darauf bedacht sein, überhaupt keine Mittel mehr für solche Unstalten zu verwenden.

Der Kultusminister: Die Generalsuperintendenten haben das Recht, in den religiösen Unterricht der höheren Schulen Einficht zu nehmen, durch die Institution vom 23. Mai 1829 erhalten. Die Provinzial-Schulcollegien sind dadurch jedoch nicht bei Seite gesessen, sie haben das gleiche Aufsichtsrecht, und sind allein befugt, Anordnungen zu erlassen, wozu den Generalsuperintendenten das Recht nicht zusteht. Was den Fall in Berlin anbelangt, auf den speziell Bezug genommen ist, daß nämlich einem Lehrer der Religionsunterricht entzogen wurde, trotzdem er die Fakultas dazu hatte, so beruhe das auf der Wahrnehmung des Provinzial-Schulcollegiums, daß der Religionsunterricht dieses Lehrers nur in einer Kritik der Bücher der heiligen Schrift bestand. Es ist ihm oft vorher gesagt worden, daß er seiner Aufgabe nicht genüge, wenn er sich blos hierauf beschränke.

Abg. Dr. Kosch, unterstützt von allen Liberalen, auch von Jacoby, beantragt zu erklären: 1) Der § 7 des Reglements für die Prüfungen für die Kandidaten des höheren Schulamts vom 12. Dezember 1856, welcher lautet: „Jüdische Schulamtskandidaten, welche sich über ihre Fähigung zum höheren Lehramt das Zeugnis einer wissenschaftlichen Prüfungskommission zu erwerben wünschen, können unter den vorchristlichen Bedingungen zur Prüfung zugelassen werden. Es ist ihnen aber zu eröffnen, daß sie durch Ablegung der Prüfung einen Anspruch auf Zulassung zum Probejahr oder auf Anstellung im Lehrfache an den dem christlichen Bekennnis angehörigen öffentlichen höheren Lehranstalten der Monarchie nicht erwerben. Die Religionslehre wird bei jüdischen Examinierten nicht in den Kreis der Prüfungsgegenstände gezogen.“ steht mit den Bestimmungen der Verfassung und dem einfliegenden Bundesgesetz in Widerspruch; 2) den Kultusminister aufzufordern, den § 7 fortan außer Kraft zu setzen.

Abg. Dr. Kosch: Trotz der Bestimmung unserer Verfassung und der wiederholten Beschlüsse dieses Hauses, ist den jüdischen Schulamtskandidaten bis jetzt nicht blos die Anstellung, sondern auch die Absolvierung des Probejahrs an höheren Lehranstalten verweigert. Der Dr. Kultusminister ist die eigentliche Zwingburg meiner Glaubensgenossen, aber wie hartnäckig dieselbe auch vertheidigt wird, endlich muß und wird sie doch fallen. Wer mit den Waffen der Hyperorthodoxie und des starren Konfessionalismus kämpft, der stemmt sich natürlich gegen die Forderungen des Gesetzes und der Doctrina. Daher treten die Fanatiker und Obskuren wieder hervor, ja in der Metropole der Intelligenz, hat man die Behauptung wieder gewagt: die Sonne bewege sich um die Erde (Oho! rechts) und in Neuusal (Schlesien) ist ein neuer Mortara-Fall vorgekommen an einem Manne, der seit Jahren ans einer Irrenanstalt als unheilbar entlassen war. Es war durch eine Schwester der Diakonissenanstalt in religiösen Dingen unterrichtet, erkrankte, wurde in ein Krankenhaus aufgenommen und dort die Prosternentmacherei mit ihm fortgetestet; der evang. Geistliche überließ die religiöse Unterweisung dieses Kranken der Schwester Marie. Gest hat er in die Irrenanstalt aufgenommen werden müssen. Der eine betrifft den Dr. Julian Teubner, der in den Naturwissenschaften, Chemie u. s. w. promovirt hat. Er sucht beim Kultusminister die Erlaubnis zum Unterricht an einer Realschule nach. Da ein Bescheid lange nicht erfolgte, so wandte er sich an den Geheimrath Wiese und erfuhr von diesem, daß er nie und nimmer Aussicht haben werde, seinen Wunsch erfüllt zu sehen. Nach mehreren vergeblichen Ver suchen ging er zuletzt nach Erfurt und der Direktor der dortigen Realschule war bereit, ihm sein Probejahr dort absolvieren zu lassen. Das Provinzial-Schulcollegium verweigerte aber seine Zustimmung, indem es sich auf § 7 des Reglements stützt, daß der Minister einen Monat vor seiner Erklärung erlassen hatte, daß er das Judengesetz von 1847 nicht mehr aufrecht halte. Sich eine solche Hinterhältigkeit offen zu halten, ist gewiß nicht loyal gehandelt. Der junge Mann wandte sich an den Minister und dieser erklärte, er könne das Provinzial-Schulcollegium in der selbstständigen Prüfung der Frage über die Absolvierung des Probejahrs am höheren Lehranstalt verweigern.

Der Kultusminister: Ich weiß nicht, auf welche Paragraphen des Landrechtes der Vorredner sich stützt, jedenfalls wird aber durch dieselben, wenn auch der konfessionelle, so doch der christliche Charakter der Schulen nicht aufgehoben. Ich will ihm aber außerdem ein Zeugnis beibringen, daß auch er von seinem Standpunkte aus anerkennen wird; das ist die Resolution des Philologenkongresses von 1851, welche in Erlangen gefaßt wurde und welche dahin geht, daß unsere höheren Schulen nur als Veranstaltungen des Staates dienen. Sürthet Sie denn, daß Sie von den Juden majorisiert werden? Ihr Dr. Kosch, dann muß Ihr Christenthum auf nicht sehr starken Fuß ruhen! Die Bevölkerung Preußens besteht aus 1 p. ct. Juden; hätten wir wirklich gleiches Recht, dann müßte auf 100 Lehrer ein jüdischer Lehrer kommen. Wenn man in Frankreich Reden hört, die den Juden die Lehrfähigkeit bestreiten, man würde und einfach auslaufen. Mit dem persönlichen Recht der Juden und dem Recht der christlichen Lehranstalten, mit diesen Worten wird der Minister Niemanden täuschen, als die wenigen Anhänger, die er hat.

Der Kultusminister: Ich weiß nicht, auf welche Paragraphen des Landrechtes der Vorredner sich stützt, jedenfalls wird aber durch dieselben, wenn auch der konfessionelle, so doch der christliche Charakter der Schulen nicht aufgehoben. Ich will ihm aber außerdem ein Zeugnis beibringen, daß auch er von seinem Standpunkte aus anerkennen wird; das ist die Resolution des Philologenkongresses von 1851, welche in Erlangen gefaßt wurde und welche dahin geht, daß unsere höheren Schulen christliche sein und bleiben sollen.

Der Antrag Kosch wird angenommen. — Um 3 Uhr vertagt sich das Haus bis 7 Uhr Abends.

Halle namhaft machen. Die ganze Frage greift tiefer in das christliche Gefühl ein; sie gehört deshalb meiner Meinung nach nicht in die Budget-debatte, sondern in die Beratung des Unterrichtsgesetzes und ich bitte Sie, sie dorthin zu verweisen. (Beifall rechts, Bischen links.)

Abg. Gottschewski (Graustadt-Kröben): Die Ausdrücke „Recht und Gerechtigkeit“ im Munde des Kultusministers sind nichts als Phrasen. Darauf beruhen denn die Rechte der „christlichen Schulen“, die er dem Rechte der jüdischen Kandidaten entgegenhält? Ausgleichlich auf seinen eigenen Verordnungen und Reskripten, durch die er den Lehranstalten den spezifisch christlichen Charakter aufdrückt. — Nach dem früheren Ausführungen des Ministers wird er sich zwar — wenn wir auch die Resolution annehmen — mit seinem Gewissen leicht abfinden; wir wollen aber durch Annahme des Antrages die Verantwortlichkeit auf das Gesamtministerium übertragen, und von diesem hege ich die Hoffnung, daß es die Anschauungen des Kultusministers nicht theilen wird. — Redner führt schließlich aus seiner Erfahrung gleichfalls einen Fall vor, wonach ein jüdischer Lehrer in Lissa nach langer Dienstzeit und trotz der Verwendung seiner Kollegen in der Stelle des jüngsten Lehrers verblieben sei.

Der Kultusminister: Ich muß bitten, hier nicht Thatsachen zum Gegenstande von Beschwerden zu machen, die noch nicht der endgültigen Entscheidung des Ministeriums vorgelegen haben. Dies ist mit dem eben erwähnten der Fall; ein Bericht des Provinzial-Schulcollegiums ist darüber noch nicht eingegangen.

Abg. Wantrup: Die Anstellung jüdischer Lehrer an christlichen Anstalten wäre — um einen milden Ausdruck zu wählen — nicht opportun. Die Handhabung der Disziplin würde einem solchen unendlich viel schwieriger werden als einem Christen (Heiterkeit). Es ist dies vielleicht ein Vorurteil, aber ein uraltes, und wenn zu solchen Vorurtheilen Nachthelle aus Erfahrungen kommen, so werden sie zu Urtheilen. Ich betrete nicht, daß nach der Bundesverfassung den Juden alle Rechte offen stehen, in der Praxis aber — das werden Sie selbst zugeben — ist es etwas nicht überall opportun. Der Jude kann z. B. auch Offizier werden. Vor einem solchen Mann, wenn er die Schärfe trägt, haben die Leute mehr Respekt als vor allen Gemeinen Räubern, selbst mehr als vor einem Abgeordneten, vor dessen Dräuen doch selbst der Minister eine weiße Nase bekommt. (Gelächter.) Denken Sie sich nun einen Juden in Uniform — schon der gemeine jüdische Soldat hat eine sehr schwierige Stellung in der Kompanie — er würde sich schwer halten können, trotz der eisernen Disziplin, die ihn unterstüttet. — Aehnlich ist die Stellung an den Schulen. Ich gebe zu, daß auch der Unterricht eines jüdischen Lehrers recht gute Früchte tragen kann, dann mag man ihn aber provisorisch anstellen, wie es schon jetzt geschieht, aber niemals definitiv. — Man schreit über Ungerechtigkeit. Denken Sie sich einmal, Preußen wäre ein jüdischer Staat, in welchem die Christen so in der Minorität wären, wie es jetzt die Juden sind: was würde wohl aus uns werden? Waffenträger, wie die Bibel sagt. (Lang anhaltendes Gelächter.) Ja, m. h., man muß sich die Fälle nur praktisch vorstellen, um zur Überzeugung zu gelangen: es ginge wohl, aber es geht nicht! (Bravo rechts, Gelächter links).

Abg. Wehrensen: An der berliner Kriegssakademie befindet sich ein jüdischer Lehrer, der von den jungen Offizieren hoch geschätzt wird. Auf den Schlachtfeldern von 1813 haben auch Juden das eiserne Kreuz erworben und auf dem Schlachtfelde von Aspern siegt man nicht ohne Beweigung das Grab eines jüdischen Offiziers. Dem Minister gegenüber muß unsere Geduld aufhören. Mit unerhörter Sophistik spricht er von Recht und Gleichheit, die Juden stehe der christliche Charakter der Anstalten gegenüber. Und wer zwingt denn den Anstalten diesen christlichen Charakter auf? Wer mißhandelt sie so lange, bis sie endlich diesen Charakter annehmen? Es ist der Dr. Kultusminister. Das preußische Landrecht kennt keine evangelische, katholische, es kennt nur eine preußische Jugend, und keine Anstalten mit diesem oder jenem christlichen Charakter, sondern die Schulen nur als Veranstaltungen des Staates. Sürthet Sie denn, daß Sie von den Juden majorisiert werden? Ihr Dr. Kosch, dann muß Ihr Christenthum auf nicht sehr starken Fuß ruhen! Die Bevölkerung Preußens besteht aus 1 p. ct. Juden; hätten wir wirklich gleiches Recht, dann müßte auf 100 Lehrer ein jüdischer Lehrer kommen. Wenn man in Frankreich Reden hört, die den Juden die Lehrfähigkeit bestreiten, man würde und einfach auslaufen. Mit dem persönlichen Recht der Juden und dem Recht der christlichen Lehranstalten, mit diesen Worten wird der Minister Niemanden täuschen, als die wenigen Anhänger, die er hat.

Der Kultusminister: Ich weiß nicht, auf welche Paragraphen des Landrechtes der Vorredner sich stützt, jedenfalls wird aber durch dieselben, wenn auch der konfessionelle, so doch der christliche Charakter der Schulen nicht aufgehoben. Ich will ihm aber außerdem ein Zeugnis beibringen, daß auch er von seinem Standpunkte aus anerkennen wird; das ist die Resolution des Philologenkongresses von 1851, welche in Erlangen gefaßt wurde und welche dahin geht, daß unsere höheren Schulen christliche sein und bleiben sollen.

Fortberatung des Kultussets. v. Puttmann beantragt, die Erhebung der Pensionsbeiträge von den Lehrern der f. g. Realschule zu Graustadt einzustellen. Dieser Antrag wird trotz Einprache des Regierungskommissars angenommen. (W. Tel. B.)

Lokales

gelegenheit erledigt. — Ueber die Befugnisse der Liquidatoren hatte der Aufsichtsrath bestimmte Vorschläge gemacht. Danach sollen die Erklärungen der Liquidatoren, gegenüber Dritten, verpflichtend sein, wenn sie auch nur von zweien von ihnen oder von einem in Gemeinschaft mit einem der persönlich haftenden Gesellschafter abgegeben werden. Hr. Funk hält diese letztere Bestimmung für bedenklich und schlägt vor, daß zu derartigen verpflichtenden Erklärungen die Unterschrift von mindestens 3 Liquidatoren oder zweien derselben und dem persönlich haftenden Gesellschafter erforderlich sein sollen. Hr. Mehring weist allerdings auf die Erhöhung des Geschäftsganges hin, welche durch diese Umänderung herbeigeführt werden würde; jedoch entscheidet sich die Versammlung auf den Rath des Hrn. Schück für den Antrag des Hrn. Funk. Ferner stellt Hr. Peltzsch den Antrag, daß zu Beschlüssen über Erwerbungen die Anwesenheit von 5 Liquidatoren oder 4 derselben und dem persönlich haftenden Gesellschafter erforderlich sein sollen, während nach dem Entwurf alle Beschlüsse der Liquidationskommission Gültigkeit haben sollen, wenn auch nur 3 Liquidatoren anwesend sind. Der Peltzsch'sche Antrag wird angenommen. Der Wortlaut der Bestimmungen, nach welchen die Liquidatoren zu verfahren haben, ist demnach folgender: 1) Es werden zu Liquidatoren ernannt die Herren Annuz, Bertheim, B. Jaffe, S. Jaffe, Koenemann, Mehring, Mügel. 2) Die Liquidatoren, einschließlich der persönlich haftenden Gesellschafter, erhalten die besondere Gründigung, Grundstücke zu erwerben, aus freier Hand zu veräußern und zu verpfänden. 3) Die Erklärungen der Liquidatoren, gegenüber Dritten, sind verpflichtend, wenn sie auch nur von 3 von ihnen, oder von 2 in Gemeinschaft mit einem der persönlich haftenden Gesellschafter abgegeben werden. 4) Zur Remuneration der Liquidatoren wird denselben nach dem Art. 49 des Statuts ein Fonds von 2400 Thlr. zur Verfügung gestellt und sind dieselben berechtigt, diesen Betrag nach den unter ihnen festgestellten Grundlagen zu verteilen. 5) Die Liquidatoren, einschließlich der persönlich haftenden Gesellschafter, fassen ihre Beschlüsse nach Stimmennätheit der Erwähnten. Beschlüsse können gültig gefaßt werden, wenn auch nur 3 Liquidatoren anwesend sind. Dagegen ist zur Gültigkeit von Beschlüssen über Erwerbungen die Anwesenheit von 5 Liquidatoren oder 4 derselben und einem persönlich haftenden Gesellschafter erforderlich. 6) Sollte einer der Liquidatoren oder ein persönlich haftender Gesellschafter oder beide persönlich haftende Gesellschafter von der Liquidation sich zurückziehen, oder sonst ausscheiden, so sind die verbleibenden befugt, aus den Aktionären neue Liquidatoren zu ernennen. Doch darf die Gesamtzahl der mit der Liquidation betrauten in diesem Falle die Zahl von 7 nicht übersteigen. Nach Erledigung dieses ersten Gegenstandes der Tagesordnung kam der zweite, die Abfindung des persönlich haftenden Gesellschafters Hrn. Nitkowski zur Beratung. Nach langer Debatte wurden denselben unter der Bedingung, daß er allen seinen Ansprüchen und Rechten als persönlich haftender Gesellschafter entzage, bewilligt: 1) 5000 Thlr. Entschädigung (statt der im Kontrakte stipulirten 4000 Thlr.) 2) ein Gehalt von 1200 Thlr. während des ersten Jahres (1870) der Liquidation; alsdann 600 Thlr. während des darauf folgenden Halbjahrs; 3) eine Remuneration von 2000 Thlr., falls das Liquidationsverfahren in 1½ Jahren beendet werde und 97 Prozent des Kapitals ekl. Zinsen zur Vertheilung kommen. Die Versammlung, welche um 4½ Uhr begonnen hatte, wurde eröffnet gegen 8 Uhr geschlossen.

Der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten, welche Mittwoch, den 1. Dezember d. J., befußt Berathung über den Etat der Stadtgemeinde Posen pro 1870 anberaumt war, wohnten 20 Mitglieder bei; nicht erschienen waren die Herren Anderich, Breslauer, Federt, Gerstel, S. Jaffe, Tejlorowski, Junge, Snorr, Wäge, C. Th. Meyer, Mügel, Nitkowski, G. Reimann, Schulz, Tischuske, Wegener. Der Magistrat war vertreten durch die Herren: Bürgermeister Kohleis, Stadtrath v. Chlebowksi, Hebanowski, Herse, Raas, Dr. Somter, v. Treslow. — Nachdem der Vorsitzende, Hr. Pilet, die Reihenfolge der Berathungen über die einzelnen Etats mitgetheilt, deren Erledigung voraussichtlich in dieser und der nächsten Sitzung erfolgen dürfte, wurde zunächst zur Berathung über den Etat für die Mittelschule übergegangen.

Hr. Löwinsohn berichtet als Referent der Schul- und Finanzkommission auf Grund der vom Magistrat zur Verfügung gestellten Akten über die bekannten Vorgänge an der Mittelschule im Harbst d. J. Danach erscheint es einerseits merkwürdig, daß es dem Dirigenten der Anstalt trotz der mannigfachen Ausfließungen vieler Lehrer gegen seine Anordnungen seit dem 3. 1863 doch möglich gewesen ist, so günstige Resultate zu erzielen; andererseits ist aus den Akten zu ersehen, daß die k. Regierung ohne Rücksicht auf eine Beschwerde der Lehrer der Mittelschule über einen ihnen vom Magistrat wegen groben Ungehorsams ertheilten Verweis, ohne Mittheilung der Beschwerde selbst und ohne Erfordern einer Berichterstattung den Magistrat zur Veranwortung gezogen hat; daß ferner die k. Regierung einen vom Magistrat im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung von der Elementarschule nach der Mittelschule versetzten Lehrer mit Umgehung des Magistrats von dieser Schule entfernt hat. Nachdem Referent die bekannten Vorgänge mitgetheilt, verließ er das vom 1. Oktober datirte Schreiben des Magistrats an die k. Regierung, in welchem die Rechte des Magistrats energisch gewahrt werden. Die k. Regierung hatte als Grund, weswegen jener Lehrer von der Mittelschule entfernt werden müsse, den Umstand angeführt, daß derselbe der jüdischen Religion angehöre. Die Kommission stützt sich gegenüber diesem Verfahren auf die öffentliche Meinung und den gefundenen Sinn im Volke und weist darauf hin, daß selbst der Kultusminister in dem neuen Unterrichtsgesetze für Lehrer jüdischen Glaubens die Verwendung in christlichen Anstalten innerhalb gewisser Lehrgrenzen nicht beschränkt wolle. Referent führt nun weiter Thatachen aus den Akten an, aus denen die Schlussfolgerung gezogen wird, daß der betr. Lehrer sich nicht geweigert habe, an Sonnabenden und an jüdischen Feiertagen zu unterrichten, daß aber sowohl der k. Regierung, als den Lehrern der Mittelschule die Versezung derselben an diese Schule sehr unbedingt gewesen sei. Die Schul- und Finanzkommission beantragt demnach, damit die Vertreter der Stadt Posen die Ehre und Würde ihrer Stellung auch in dieser Angelegenheit wahren und dem Magistrat in seinen anerkennenswerten Bestrebungen unterstützen, folgende Resolution:

Die Stadtverordnetenversammlung wahrt aus Veranlassung des vorliegenden Falles das Recht der Kommunalverwaltung zur Sache, erklärt sich mit der in dieser Angelegenheit vom Magistrat entwickelten Thätigkeit einverstanden und spricht es ferner als ihre Ueberzeugung aus, daß der letztere bei Uebung einer Disziplinargewalt über die Lehrer der Mittelschule, die ihm in Gemäßheit des Selbstverwaltungsrechts der Commune zustehenden Befugnisse zur Anwendung gebracht hat.

Dieser Antrag wird von der Versammlung einstimmig angenommen. — Alsdann wird zur eigentlichen Berathung des Etats für die Mittelschule übergegangen. Der Magistrat hatte eine Erhöhung des Schulgeldes an der Knaben Schule von 8 auf 10 Thlr., an der Mädchenschule von 6 auf 8 Thlr., sowie die Erhebung einer Einschreibegabe von 15 Sgr. auch an der Mädchenschule beantragt. Die Schul- und Finanzkommission dagegen verzweifte die Erhöhung des Schulgeldes, und beantragt nur die Erhebung der Einschreibegabe. Die Versammlung ist damit einverstanden. — Der Magistrat hatte ferner eine Gehaltserhöhung von je 20 resp. 25 Thlr. für die Lehrer der Mittelschule beantragt. Die Kommission befindet sich nicht in der Lage, diesen Antrag zu befürworten; denn eine solche Gehaltserhöhung, zumal sie nicht sehr belahreich sei, würde als ein Zeichen der Anerkennung zu betrachten sein; die Versammlung hätte aber nicht die mindeste Veranlassung, den Lehrern für ihr pflichtwidriges und renitentes Benehmen noch eine Anerkennung zu gewähren. Herr Schmidt weiß darauf hin, daß nicht alle Lehrer der Mittelschule mit den gemeinsamen Schriften einverstanden gewesen, daß sie sich aber der Majorität gefügt hätten. Hr. Dr. Benzell behauptet, daß die Lehrer bei ihrem Verfahren nicht durch Unduldsamkeit getrieben worden seien, sondern lediglich sich nicht eine neue Last hätten aufzudrücken lassen wollen. Hr. Löwinsohn weiß dagegen aus den Akten das Gegenteil nach. Hr. Lewandowski ist der Ansicht, daß da doch der Magistrat selbst die Lehrer einer Gehaltserhöhung für würdig erachtet, habe die Versammlung nicht aus Nachgefühl derselben verwiegern wolle. Auf eine Anfrage, aus welchen Grunde der Magistrat die Gehaltserhöhung beantragt, ergiebt sich, daß derselbe als Motiv die Lüchtigkeit der Lehrer in ihrer Leistungsfähigkeit anführt. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Kommission, die Gehaltserhöhung abzulehnen, von der ganzen Versammlung, mit Ausnahme der Herren Janowicz und Lewandowski, angenommen. — Die Miete für die Schulräume ist mit 130, statt bisher 800 Thlr., angefests. Einnahme und Ausgabe schließen mit 7852 (statt bisher 7436 Thlr.) ab. — An der Mädchenschule ist die Miete mit 780 Thlr., statt bisher 220 Thlr. angefests. An Stelle einer Hilfslehrerin sind 3 mit einem Gehalte von je 240 Thlr. getreten. Die Versammlung genehmigt diese Positionen.

Es wird sodann zur Berathung über den Etat für die städtischen Elementarschulen übergegangen. Der Magistrat hat sich für Beibehaltung des Schulgeldes, dessen Zahlung vor zwei Jahren eingeführt wurde, ausgesprochen; die Kommission ist jedoch der Ansicht, daß man dasselbe fallen lassen möge, zumal bisher jährlich nur ein Betrag von 200 Thlr. erzielt wurde, der gegenüber den etwa 22,000 Thlr., welche die Commune für das Elementarschulwesen jährlich verausgabe, gar nicht in Betracht kommt. Die Versammlung stimmt dem Antrage der Kommission bei. Der Magistrat hatte ferner die Erhöhung des Gehaltes fast sämmtlicher Lehrerstellen beantragt. Die Kommission schließt sich diesem Antrage an und wird derselbe auch von der Versammlung angenommen. Demnach wird die zweite Lehrerstelle von 550 auf 600 Thlr., die Stelle 3—10, 13—14, 17—20, 32, 33—39 um je 20 Thlr., 27, 28 und 31 um je 30, Stelle 33 um 15, Stelle 34 um 35 Thlr. erhöht. Infolge des Ausscheidens, resp. Absterbens der Lehrer Hoffstädt und Hozałowski werden die Gehälter der unter 25, 29, 30 angeführten Lehrer der Mädchen-Mittelschule in Folge des Aufwands um je 10 Thlr. erhöht. Außer den Lehrern sind an den Elementarschulen gegenwärtig 4 Lehrerinnen mit einem Gehalt von je 240 Thlr., 18 Industrielehrerinnen mit einem Gehalt von meistens 40 Thlr. angestellt. 366 Thlr. 20 Sgr., welche der frühere Lehrer Nawrocki jährlich als Pension bezog, kommen in Folge des Ablebens derselben in Bergfall.

Schließlich wird zur Berathung über den Etat der Realschule übergegangen. Als Miete für das Realschulgebäude kommen 3000 Thlr. in Anfaz. Der Turnlehrer Hr. Kloß wird mit 300 Thlr. auf den Etat gesetzt. Ueber die Erhöhung der Lehrer Gehälter wird in geheimer Sitzung berathen; wie verlautet, hat die Versammlung fast sämmtliche vom Magistrat beantragten Gehaltserhöhungen bewilligt. Einnahme und Ausgabe schließen mit 22,567 Thlr. ab; der städtische Zufluss beträgt 11,088 Thlr.

Der bisherige Pfarrverweser in Kopnitz, Große, ist zum ev. Pfarrer des. berufen und am 14. Nov. c. in sein Amt eingeführt worden.

In den Postverbindungen des Bezirkes der Ober-Poßdiktion zu Posen treten vom 1. Dezember verschiedene Änderungen ein, deren Einzelheiten in dem posener Amtsblatte vom 30. Nov. zu finden sind.

Für die jüdische Korporation zu Wreschen bringt das Amtsblatt einen Schulentwickelungsplan. Die Gläubiger sind die katholischen Kirchen in Bardo, Bielhowo und Targowa-Góra; die auf 889 Thlr. (rund) sich bauende, mit 3½ Proc. verzinsliche Schuld soll bis zum Jahre 1878 abgetragen werden.

Fr. Alma Holländer, als Klavierspielerin von Rang bekannt, beabsichtigt hier im Laufe der nächstfolgenden Woche ein Konzert zu geben. Fr. Holländer gehört, wie man uns schreibt, zu den nicht zu großen Zahl derjenigen Künstlerinnen, welche durch ihr Spiel der Kunst selbst zu dienen suchen und denen die Technik nur ein Mittel zur vollendeten Darstellung ihres Vortrages ist. Die feine und edle Ausführung, welche sie in diesen leidet, verleiht ihrem Klavierspiel einen wahrhaft liebenswürdigen Charakter.

In der Offizin der „Posener Zeitung“ ist nur durch einen glücklichen Zufall eine Gasexplosion verhindert worden. Am Sonntag Vormittag hatten die Gasarbeiter in dem Zeitungssaal mehrere neue Leitungsröhre eingezogen und sich dann entfernt, ohne zu erkennen, ob dieselben dicht genug verschlossen seien. Als der Besitzer Abends durch den an die Offizin grenzenden Haustür ging, merkte er einen starken Gasgeruch. Da bei der Einführung die schadhafte Stelle nicht zu finden war, Licht anzutasten aber höchst gefährlich gewesen wäre, mußte man das Gas so lange ruhig ausströmen lassen, bis sämmtliche Flammen im Hause und der Haupthahn geschlossen werden konnten. Als die Seeger und Drucker früh in der 7. Stunde zur Arbeit kamen, konnte der Besitzer zeitig genug verhindern, daß Licht angezündet wurde. In Folge dessen konnte die Arbeit erst mehr als eine Stunde später beginnen, und nur mit der größten Anstrengung gelang es, die Zeitung bis zu dem nach Breslau abgehenden Nachmittagszug fertig zu stellen. Der Besitzer hat ja folge der Unvorsichtigkeit der Gasarbeiter einen ziemlichen Schaden erleitten, nicht nur durch den Gasverlust, sondern auch durch die Verhinderung an der Arbeit. Auch die Arbeiter (18 Seeger und 10 Steindrucker) haben über Verlust zu klagen, und wenn wir uns auch freuen, daß die Sache ohne Unglück abgelaufen ist, so können wir doch nicht das Bedauern unterdrücken, daß die Gasarbeiter nicht genügend beachtet werden. Sogar heut wäre die Leitung noch nicht völlig dicht, wenn nicht ein Arbeiter aus der früheren eigenen Gasanstalt der Offizin stets zur Hand wäre. Was bei uns geschehen kann auch anderwärts passieren, und wir möchten deshalb im Interesse der Gesamtheit die Bitte an die Verwaltung der Gasleitung richten, die Arbeiten ihres Personals jedesmal durch einen Aufseher inspizieren zu lassen.

Der Milzbrand unter dem Hindrich in Alt-Dombrowo, Kreis Bomst, ist erloschen und deshalb die Sperrre des Ortes aufgehoben worden.

Pleschen, 27. Nov. [Kreistagsverhandlungen.] Auf dem am 23. d. M. hierfür abgehaltenen Kreistage wurden außer einigen Ergänzungswahlen die Wahl der Einführungskommission zur klassifizierten Einkommenssteuer, der Klassensteuer-Klammersteuer-Kassen-Kassen-Etats und Revision des Rechnungswesens pro 1869 vollzogen und der am 6. September d. J. von der kreisständischen Kommission revidirten Kreis-Kommunal-Kassen-Rechnung pro 1868, der Kreis-Lazareth-Rechnung und der Rechnung über den Kreis-Bege-Bonds-Décharge erheilt. Die Kreis-Kommunal-Rechnung schloß ab in Einnahme mit 22,867 Thlr., in Ausgabe mit 19,445 Thlr., und einem Bestande von 3421 Thlr. ab; die Kreis-Lazareth-Rechnung wies eine Einnahme von 5861 Thlr., dagegen eine Ausgabe von 931 Thlr. und einen Bestand von 4930 Thlr. nach; nach der Rechnung über den Kreis Bege-Bonds betrug die Einnahme 6346 Thlr., die Ausgabe 1759 Thlr., so daß ein Bestand von 4587 Thlr. verbleibt. Die von dem Kreis-Kommunal-Kassen für das Jahr 1870 zu übernehmenden Ausgaben wurden nach den Vorschlägen des Landrats Hrn. Gregorowius genehmigt. Dieselben betragen nach einer dreijährigen Durchschnittsrechnung an Kreistagskosten 79 Thlr., an Kosten des Kreis-Essaggeschäfts 121 Thlr., zur Unterhaltung der Kreis-Feuerlösch-Gerätschaften 33 Thlr., für Drucksachen 164 Thlr. Zur Remuneration des Rendanten Genfingen sind nach dem Kreistagsbeschuß vom 2. Dezember 1864 300 Thlr., und an Verwaltungskosten der 5 Polizei-Offizirkommissarien des Kreises nach dem Gesetz vom 10. Dezember 1836 500 Thlr. aufzubringen. Zur Unterhaltung der kommunalständischen Anstalten sind pro 1870 bereits 273 Thlr. ausgeschrieben, die auch auf den Etat übernommen würden. Zum Provinzial-Straßen-Baufonds hat der Kreis in den jetzt verflossenen 3 Jahren 18,163 Thlr. beigetragen. Der Titel Extraordinaria soll für 1870 nicht weniger als 400 Thlr. betragen. — Auf den Antrag des Rittergutsbesitzers Lazarewski wurde beschlossen, daß Mietverhältniß mit der Stadt Pleschen wegen des kreisständigen Saales vom 1. Januar 1871 an aufzuheben und denselben in das Wallgewissche Victoria-Hotel zu verlegen, wo allerdings für die leiblichen Bedürfnisse der Kreisstande besser als im Rathausse georgt sein wird. — Nach dem Kreistagsbeschuß vom 3. Dezember 1866 sollte es bei dem bis dahin üblichen Maßstab zur Aufbringung der Kommunalbedürfnisse mit 1 Pf. Mietz abgerechnet werden, daß die Städte das auf sie fallende 1/10 unter sich nach der Seelenzahl vertheilen, vom Reste aber 1/12 auf die Landgemeinden zu berechnen und die Subrepartition auf die einzelnen Gemeinden nach der kombinierten Grund-, Gebäude- und Klassensteuer vorzunehmen sei, dagegen auf die Dominien 1/12 nach der Grundsteuer vertheilt werden sollen. Da er gegen diesen Maßstab der Vertheilung der Kreiskommunalbeiträge seitens der Rüstungsgemeinden vielfach Beschwerde geführt wurde, hielt es Hr. Landrat Gregorowius für nothwendig, die vermeintliche Überburdenung der Gemeinden einer gründlichen Untersuchung zu unterwerfen und stellte sich durch dieselbe zunächst das Resultat heraus, daß das Kontingent, welches die Städte des Kreises mit 1/10 übernehmen, in der That zu gering sei. Nach einer von ihm mit großer Sorgfalt pro 1867 ausgestellten Nachrechnung fällt in den Städten des Regierungsbezirks Posen pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich ein Kreiskommunalbeitrag von 3 Sgr. 5 Pf., während die städtische Bevölkerung im hiesigen Kreise pro Kopf nur 2 Sgr. 9 Pf. zahlt, also hinter dem Durchschnitt zurückbleibt und weniger zahlt, als in den Kreisen, in denen die Gewerbsverhältnisse ungünstiger als hier sind. Würde dagegen auf die Städte des Kreises 1/10 der Kreiskommunalbeiträge gelegt, so lägen pro Kopf der Bevölkerung 3 Sgr. 2 Pf. ein Beitrag der annähernd richtig sein dürfte. Die Vertheilung der Beiträge unter die Dominien und Landgemeinden anlangend, so beträgt der Ritterertrag der Liegenschaften bei den selbstständigen Gutsbezirken 192,057 Thlr., bei den ländlichen Gemeindebezirken 82,644 Thlr., zusammen 274,701 Thlr. Es würde also nach dem Ritterertrag annähernd richtig sein, wenn auf die Landgemeinden 1/12 und auf die Dominien 1/12 fallen. Der Maßstabinhalt der Liegenschaften des Kreises beträgt bei den selbstständigen Gutsbezirken 282,929 Morgen, bei den ländlichen Gemeindebezirken 110,497 Morgen, zusammen 403,035 Morgen. Die Vertheilung der Kreis-Kommunalbeiträge nach der Morgenzahl würde mithin auch das

annähernd richtige Resultat ergeben, daß auf die Dominien 1/12 und auf die Landgemeinden 1/12 fallen. Da aber nach der Annahme des Landrats Hrn. Gregorowius die selbstständigen Gutsbezirke mehr als die Rüstungsgemeinden verhältnismäßig mehr sein sollen, eine Annahme übrigens, die uns nicht sehr schmeichelt, für die wirtschaftliche Befähigung unserer kreisständischen Städte zu sein scheint, und sich auf den Gutsbezirken größere Waldflächen als in den Gemeindebezirken befinden, so hielt er, trotz des von ihm durch Berechnung gefundenen Resultats, doch die von denselben abweichende Proposition, nach Abzug von 1/10 auf die Städte, vom Rest 1/12 auf die Dominien und 1/12 auf die Gemeinden zu legen, sah sich aber durch eine schon vor Eintritt in die Tagesordnung sich bemerklich machende Opposition veranlaßt, dieselbe wieder zurückzuziehen. Wahrscheinlich ist die Sache dadurch nur aufgehoben, nicht aufgehoben. Die Verirreter der Rittershaft würden ja sonst durch ihr Verhalten den Verdacht gegen sich erregen, daß sie zwar beim Genuss von Rechten das Prinzip der Gleichheit freudig anerkennen, dasselbe aber bei Uebernahme von Pflichten verleugnen. — Zum Schlusse macht noch Hr. Oberlandesgerichtsrath Mollard aus Gora Mitteilungen über den Erfolg seiner in Posen und Berlin gepflogenen Verhandlungen in Bezug auf die durch den hiesigen Kreis zu bauenden Eisenbahnen mit der Sicherung, daß der Bau derselben seiner Ansicht nach bereits künftiges Frühjahr in Angriff genommen werden würde.

Schneidemühl, 29. Nov. [Taubstummenanstalt. Diebstahl. Verschiedenes.] Um die Taubstummenanstalt, deren Bau im künftigen Frühjahr hier zur Ausführung kommen wird, hatten sich außer Schneidemühl noch die Städte: Bromberg, Schönlanke und Gnesen beworben. Bromberg fiel, weil es der Regierung keine Offerte gemacht hatte, Schönlanke, weil die dortige Kämmereifabrik zu arm ist und Gnesen, weil dieser Ort und dessen Gegend überwiegend polnisch ist, da doch die Taubstummenanstalt nur für Söldlinge deutscher Zunge und evangelischer Konfession bestimmt sein soll. Schneidemühl erbot sich, den Bauplatz unentgeltlich herzugeben und das erforderliche Baumaterial franco zur Baustelle zu beschaffen. Das Provinzialschulkollegium entschied sich daher für unsern Ort. Die Zeichnung zu dem Baue ist bereits von dem Maurermeister Hrn. Friedersdorff hierbei angefertigt und wird das Gebäude das Ansehen eines Klosters erhalten. Die Errichtung des Gebäudes sel. st. welches auf 21,000 Thlr. veranschlagt wird, sowie die Unterbringung der etwa 30 taubstummen Söldlinge bei geeigneten Handwerkerfamilien ist Sache der Landtagsdeputation, welche laut Landtagsbeschluß jährlich die Staatssumme von 6000 Thlr. zur Disposition steht. — Am Freitag Abend, den 26. d. Mts., sind dem Viehhändler Siebert auf der Tour von Nalek nach Schneidemühl, während derselbe in den Eisenbahnwagen schließt, aus seiner Brusttasche 700 Thlr. Papiergebund entwendet worden. Es ist dies schon der dritte bedeutende Diebstahl, welcher auf dieser Strecke binnen kurzer Zeit verübt worden ist. Die hiesige k. Staatsanwaltschaft ist bemüht, den Thäter ausfindig zu machen.

— Die am Sonnabend den 27. d. Mts. von der Börse der Armen veranstaltete Theatervorstellung war sehr zahlreich besucht, und hat nach Abzug der Unkosten einen Ettag von 40 Thlr. geliefert, welche Summe dem hiesigen Armenverein überwiesen worden ist. — Am vergangenen Sonntag fand in dem Markwaldschen Lokale hier selbst eine Versammlung des Offizierscorps des Schneidemühler Landwehrbataillons statt. Gegen Abend vereinigten die erschienenen Offiziere sich zu einem gemeinschaftlichen Abendessen. — In der letzten Versammlung der hiesigen Schützengilde wurde befreit, und hat nach Abzug der Unkosten einen Ettag von 40 Thlr. geliefert, welche Summe dem hiesigen Armenverein überwiesen worden ist. — Am vergangenen Sonntag fand in dem Markwaldschen Lokale hier selbst eine Versammlung des Offizierscorps des Schneidemühler Landwehrbataillons statt. Gegen Abend vereinigten die erschienenen Offiziere sich zu einem gemeinschaftlichen Abendessen. — In der letzten Versammlung der hiesigen Schützengilde wurde befreit, und hat nach Abzug der Unkosten einen Ettag von 40 Thlr. geliefert, welche Summe dem hiesigen Armenverein überwiesen worden ist. — Am vergangenen Sonntag fand in dem

Defekte hatte. Die Revision der kirchlichen Kassen erfolgte in der Privatwohnung des Winzewski in Gegenwart des Bürgermeisters Bantsch, welcher seinerseits unmittelbar darauf die Revision der Kammerkasse in dem magistratualischen Kassenlokal eintreten ließ. Ein Bestand der Kirchenbaukasse wurde nicht vorgefunden, wogegen als Bestand der Hospitalkasse 50 Thaler und als Bestand der Kammerkasse, soweit dieselbe sich nicht unter gemeinschaftlichem Verchluss der Kassenkästen befand, 81 Thlr. 16 Sgr. von Winzewski vorgewiesen wurden. Was zunächst die Veruntreuungen gegen die Kammerkasse anlangt, so stimmte zwar der vorgefundene Baarbestand in Verbindung mit zwei von Winzewski durch Quittungen belegte Zahlungen mit dem aus den Büchern ersichtlichen Sollbestande insfern überein, als sich nur eine Plusdifferenz von 7 Thlr. ergab; ein beim Abschluß der Bestandsrevision wahrgenommener Zwischenfall deutete jedoch alsbald darauf hin, daß die Kasse im Verhältniß zu den Büchern nicht bloss ein Mehr von 7 Thlr., sondern von noch 79 Thlr. 8 Sgr. enthalten hatte, welchen Betrag sich Winzewski heimlich und rechtswidrig anzueignen verfuhrte. Obwohl er nämlich versichert hatte, nichts mehr von dem ihm anvertrauten Geldern zu besitzen und obwohl die Revision mit dem Bedenken, daß das Revolutionsgeschäft am Nachmittage werde fortgesetzt werden, die Kassenbestände nebst sämtlichen Büchern in Bewahrung genommen hatten, holte Winzewski vor dem Verlassen des Kassenlokals einen Beutel mit 79 Thlr. 8 Sgr. hinter dem Geldkasten hervor und stieß ihn in seine Jackentasche. Der Bürgermeister Bantsch, welcher dies sah, forderte den Winzewski zur Herausgabe des Beutels auf. Winzewski leugnete jedoch, etwas zu sich gesteckt zu haben und ließ sich erst nach Androhung von Schwangsmitteln zur Herausgabe bestimmen. Er hatte das Geld jedoch bei Seite geschafft, als die Revisoren mit der Ermittlung des Sollbestandes aus den Kassenbüchern beschäftigt waren, um gleichzeitig auf diese Weise zu verdecken, daß die Kasse gegenüber den untersuchten Büchern einen erheblichen Mehrbestand habe. Als bereits im Laufe des Nachmittags ihm durch Produktion der an einzelne Steuerzahler ertheilten Quittungen nachgewiesen wurde, daß gegen 200 Thlr. mehr zur Kasse gezahlt seien, als eingetragen und vorgefunden waren, erst da räumte er ein, daß auch jene 79 Thlr. zur Kasse gehörten. Im Laufe der Untersuchung hatte er behauptet, daß er in dem Geldkasten der Kammerkasse einen ebensolchen Beutel mit ungefähr 70 Thlr. erwähnt habe, welches Geld sein Eigentum gewesen, daß er diesen Beutel bereits Tags vor der Revision mit nach Hause genommen, dies aber bei der Revision in Folge der Bestürzung ganz vergessen und den Beutel irrthümlich als sein Eigentum bei Seite gestellt habe. Am Abende desselben Tages brachte Winzewski in das Kassenlokal noch ungefähr 120 Thlr. mit dem Bemerkern, daß er das Geld nur zu Hause gehabt, dasselbe aber zur Kasse gehöre. Nach vorläufiger Berechnung stellte sich ein Defekt von mehr als 900 Thlr. in der Kammerkasse heraus und Winzewski legte auf Vorhalt dessen am folgenden Tage sein Amt als Kammerfreiwillig nieder, nachdem er zu jener für die Kammerkasse bereits früher bestellten hypothekarischen Kauktion von 1000 Thlrn. noch eine weitere Kauktion von 500 Thlrn. mit seinem Grundstück bestellt hatte. Wie er selbst angibt, hat er sich zu der Resignation auf sein Amt und Kautionsbekleidung durch die Androhung bestimmen lassen, daß er sonst der l. Staatsanwaltschaft angezeigt werden würde. Auf Grund der von den Kassenrevisoren bewirkten Ermittlungen ist unter 60 Nummern eine Zusammenstellung aller derjenigen Beträge gesertigt worden, welche von Winzewski zwar erhoben, aber nicht zur Kasse abgeführt sind und deren Eingang er in den Kassenbüchern nicht vermerkt hat. Trotzdem will er sich nicht strafbar gemacht haben; er behauptet, daß er das Geld in seinem Nutzen nicht verwendet habe, vermag aber über den Verbleib deselben keinerlei Auskunft zu geben. Die Eintragung in das Einnahme-Journal will er nur aus Versehen unterlassen haben. Die l. Staatsanwaltschaft behauptet dem gegenüber, daß ebenso wie der Angeklagte die zur Kasse erhobenen Beträge von ungefähr 900 Thlrn. vorsätzlich bei Seite geschafft, er auch die Eintragung der meisten Einnahmeposten absichtlich unterlassen hat, um dadurch die Unterschlagungen zu verdecken. Eine solche Verdeckung war nämlich insfern möglich, als bei den am 4. jeden Monats vorgenommenen ordentlichen Kassenrevisionen, die Revision sich nur darauf beschränkte, die aus den Kassenbüchern ersichtlichen Einnahme- und Ausgabeposten aufzunehmen und nach dem sich hierauf ergebenden Sollbestande den wirklichen Kassenbestand zu kontrollieren. Waren also im Einnahme-Journal einzelne bereits

eingezahlte Beiträge nicht vermerkt, so konnten dieselben bei der Revision in der Kasse fehlen, ohne daß die Revisoren diese Unregelmäßigkeit wahrnahmen. Da nun aber die Revisionsprotokolle ergeben und ebenso die Revisoren befinden, daß jederzeit nur der aus den Büchern ersichtliche Kassenbestand vorhanden gewesen ist, so muß schon deshalb die Versicherung des Winzewski, daß er die erhobenen Beiträge zur Kasse gebracht und nicht in seinem Nutzen verwendet habe, als widerlegt angesehen werden, weil sonst ein größerer Bestand hätte vorgefunden werden müssen, wenn das Geld zwar zur Kasse abgeführt, aber die Eintragung der Einnahme nur aus Versehen unterlassen worden wäre. Dazu aber die Eintragung bei erheblichen Posten absichtlich und zu dem Zwecke unterlassen worden ist, um entweder das erhobene Geld inzwischen zu Privatzwecken zu benutzen, oder ein schon von früher her bestandenes Defizit damit zu decken, tritt ganz deutlich bei Zahlungen zu Tage, welche in größeren Beträgen von einzelnen Personen geleistet worden sind, die zwar theilweise zur Eintragung in das Einnahme-Journal gelangt sind, aber meistens erst in hrere Wochen später, Rückständlich der Hospitalkasse hat Winzewski nach Anzahl der von dem erzbischöflichen Konsistorial-Kalkulator Glyszynski gefertigten Nachweisung vom 10. Okt. 1863 anerkannt, daß er in der Kasse 99 Thlr. 22 Sgr. hätte haben müssen. Da nur 50 Thlr. vorgefunden worden sind, so stellt sich die von ihm zu vertragende Summe auf 446 Thlr. 22 Sgr. Eine erhebliche Rolle bei dieser Veruntreuung spielte eine Summe von 1124 Thlr., welche in Raten von 800 und 324 Thlr. aus der Kammerkasse zur Hospitalkasse bezahlt worden ist. Inwieviel die in dieser Beziehung auch hier hervortretende unrichtige Eintragung in das Einnahmebuch der Hospitalkasse den Zweck hatte, die Unterschlagung zu verdecken, hat sich nicht genügend feststellen lassen. Aus der Kirchenbaukasse hat Winzewski gar keinen Bestand abgeliefert, obwohl nach dem vom Stadtssekretär Rams auf Grund der Kirchenbücher gesetzigte Abschluß die Summe von 205 Thlr. 19 Sgr. hätte vorhanden sein müssen. Winzewski hat geständlich bei Einziehung der auf die Eingesparnten reparierten Baubeträge 20 in dem Abschluß verzeichnete Summen, zum Gesamtbetrag von 147 Thlr., von den dort aufgeführten Abgaben pflichtigen erhoben, obne den Eingang der Beiträge in den Kassenbüchern zu vermerken. Was Winzewski im Allgemeinen zu seiner Entlastung noch vorbringt, daß er die Gelder der einzelnen Kassen nicht immer getrennt, sondern gemeinschaftlich verwahrt habe, so bleibt er den Nachweis des Verbleib von mindestens 1500 Thlr. schuldig, da er im Ganzen nur 81 Thlr. von der Kammerkasse und 50 Thlr. von der Hospitalkasse ablieferte und einschließlich der nachträglich zur Kammerkasse gebrachten, aber schon bei der Berechnung der Defekte in Anschlag gebrachten 120 Thlr. und resp. 79 Thlr. einen Baarbestand von etwa 330 Thlr. am Tage der Kassenrevision überhaupt nur in Händen hatte, während der Sollbestand sämtlicher drei Kassen sich auf ungefähr 1670 Thaler belief. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Zeitdauer. Bezüglich der Hospitalkasse wurde die amtliche Eigenschaft des Angeklagten verneint. In Beziehung auf die Unterschlagungen bei der Kammerkasse die zur Eintragung und Kontrolle der Einnahmen bestimmten Bücher unrichtig geführt zu haben, wurde er freigesprochen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 1. Dez. (Tel.) Bei der heute stattgehabten Sitzung der 1864er Lotse wurden folgende Serien gezogen: 2498, 348, 753, 1657, 2156 1629, 1761. Der Haupttreffer von 250,000 Gl. fiel auf Nr. 39 der Serie 2156; 25,000 Gl. fielen auf Nr. 42 der Serie 1761, 15,000 Gl. auf Nr. 87 der Serie 1629, 10,000 Gl. auf Nr. 80 der Serie 2156.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

(Eingesandt.)

Von allen Spielen der diesjährigen Saison zeichnet sich vornehmlich das Spiel „Der alte Schimmel“ (Spiel-Verlag der Blaibach'schen Buchhandlung) aus. Elegante Ausstattung, einfache Spielregeln und doch das höchste Amusement für die Jugend, kennzeichnen es und machen es unserer Empfehlung wert. Vorrätig bei J. J. Heine in Posen, Markt 85. D. R.

(Aus der Wiener Presse.)
Eine auffallend gute Wirkung des Breslauer G. A. W. Mayer'schen weißen Brust-Syrups.
Ich halte es im Interesse aller Brustleidenden für Pflicht, die auffallend gute Wirkung des Breslauer Brust-Syrups in einem sehr bedeutsamen Tale von Brustleiden zu verbreiten. Die Nathwittwe Frau Bergmüller, welche während des Sommers in demselben Landhause in Döbling mit mir wohnte, litt an einem heftigen, oft minutenlang anhaltenden Husten mit Athembeengung bei sich begleitender Körperbeschwerde und Abmagerung. Ich riet ihr freundlichst, den mir sehr vortheilhaft bekannten Breslauer weißen Brust-Syrup zu gießen. Sie begleitete meinen Rat. Zum allgemeinen Erstaunen aller, die diese Dame kannten und besuchten, nahmen nach kaum 14 tägigem Gebrauche dieses Syrups die Hustenanfälle sowohl an Heftigkeit als Dauer ab, der Appetit nahm zu, sowie der Körper zusehends an Kraft, die Athembeengung verlor sich und endlich auch alle genannten krankhaften Brustbeschwerden.

Ich sprach diese Dame zufällig 6 Monate nachher am Kartierring bei sehr rauher Witterung, sie rührte mir ihren Gesundheitszustand.

Dr. L. Raudnitz.

(Eingesandt.)

Seitdem Se. Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der Revalescière du Barry glücklich wiederhergestellt und viele Aerzte und Hospitäler die heilbringende Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Vorzüglichkeit dieser kostlichen Heilnung bezweifeln und führen wir die folgenden Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medizin und ohne Kosten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindfucht, Athma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflösigkeit, Schwäche, Hämorroiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Brehan. Copie dieser Certification wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahrhafter als Fleisch, er-spart die Revalescière 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalescière Chocolatee 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chocolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, giebt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungshilmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von $\frac{1}{2}$ Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalescière Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freyung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Roßmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königssberg i. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

Bekanntmachung.

Der Dünger aus dem städtischen Marstalle soll für das Jahr 1870 dem Meistbietenden überlassen werden.

Hierzu ist ein Bittschreib-Termin auf

Freitag d. 10. Dez. d. J.

11 Uhr Vormittags

auf dem Rathaus angezeigt worden.

Pachtlustige laden wir hierzu mit dem Bemerk ein, daß die Bedingungen in unserer Registratur eingesehen werden können.

Posen, den 24. November 1869.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In der Brodhalle neben der Krohnveste sind noch 7 Verkaufsstellen auf das Jahr 1870 zu vermieten. Hierzu haben wir einen Termin auf

Donnerstag den 9. Dezbr.

Vormittags 11 Uhr

im Magistrats-Sitzungsraale anberaumt.

Die Bedingungen sind in der Registratur einzusehen.

Posen, den 25. Nov. 1869.

Der Magistrat.

Handels-Register.

Es ist eingetragen:

1) in unser Gesellschafts-Register bei Nr. 152: die Handels-Gesellschaft L. Brodzki & Comp. Zu Posen ist aufgelöst und die Firma erloschen;

2) in unser Firmen-Register unter Nr. 1143: die Firma M. Latinuska zu Posen und als deren Inhaberin Fräulein Melanie v. Latinuska daselbst

zu soleiner Verfügung vom 29. November am

30. November d. J.

Posen, den 30. November 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Martin Schendel und dessen Ehefrau Julianne geborenen Schendel gehörige, in dem Dorfe Jaslin unter Nr. 5 belegene Bauergut, abgewartet auf 6407 Thlr. 15 Sgr. aufzugehen der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 11. April 1870,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 19. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Bekanntmachung.

Die Kirchen-Bau-Kommission.

Auktion.

Freitag, den 3. Dezember c. von Vormittags 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokal, Magazinstraße Nr. 1, Herren-Garderoben-Artikel, als: Nöcke, Hosent, Westen, demnach feldene Nöcke, Double-Palots und Jacken, französische Sh. wi. Tücher, elegante Blousen, gekräfte Jacken, Blaschitsz etc., ferner einige Säcke Körken und um 1 Uhr eine braune, 5 Jahr alte und 5' 5" große Vollblutzstute

am 11. April 1870,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 19. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Bekanntmachung.

Die Kirchen-Bau-Kommission.

Auktion.

Freitag, den 3. Dezember c. von Vormittags 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokal, Magazinstraße Nr. 1, Herren-Garderoben-Artikel, als: Nöcke, Hosent, Westen, demnach feldene Nöcke, Double-Palots und Jacken, französische Sh. wi. Tücher, elegante Blousen, gekräfte Jacken, Blaschitsz etc., ferner einige Säcke Körken und um 1 Uhr eine braune, 5 Jahr alte und 5' 5" große Vollblutzstute

am 11. April 1870,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 19. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Bekanntmachung.

Die Kirchen-Bau-Kommission.

Auktion.

Freitag, den 3. Dezember c. von Vormittags 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokal, Magazinstraße Nr. 1, Herren-Garderoben-Artikel, als: Nöcke, Hosent, Westen, demnach feldene Nöcke, Double-Palots und Jacken, französische Sh. wi. Tücher, elegante Blousen, gekräfte Jacken, Blaschitsz etc., ferner einige Säcke Körken und um 1 Uhr eine braune, 5 Jahr alte und 5' 5" große Vollblutzstute



Am Mittwoch den 15. Dezember c.,
Vormittags 10 Uhr, wird im Forsthause zu
Neugendank gegen gleich baare Zahlung
Kiefern-, Bau-, Kiefern-, Ast- und Stock-
holz versteigert werden.
Die Abfahrt zur Warte ist sehr bequem.
Die Forstverwaltung.

Der Kindergarten

setzt jetzt seine Thätigkeit, Halbdorfstr. 2,
fort, und werden dafelbst Annmeldungen von
Kindern von 3—6 Jahren täglich angenommen.

H. Sommer.

Eine ganze Elle für 2 Pfennig!
wird gesiept oder besäumt auf der Maschine
bei **A. Szule,** Damen-Schneiderin,
Friedrichstraße Nr. 22.

4½ Thaler

lostet von heute ab eine Klafter trockenes Ei-
ferholz, sowie auch Elsenholz. Die
Käufer haben das Recht, die Hölzer sich selbst
sezen zu lassen. Auch Eichen, Buchen und
Birken zu ermäßigten Preisen bei

Louis Brock,
Graben 3b.



Beste oberschlesische Steinkohle
à 1 Thlr. 8 Sgr. die Tonne
frei ins Haus.

Meyer Levy,
Waisengasse 8.

Palmfuchen
Biehfutter, giebt fette Milch und eignet sich
zum Rästen — Muster liegen in meinem
Comptoir zur Ansicht bereit — empfiehlt

Naumann Werner,
Wilhelmsstr. 18.



Auf dem Vorwerk **Hilarhof** bei
Jarcin steht eine fette Färse,
gemessen über 900 Pfund, zum
Verkauf.

Uhren! Uhren!

eigner Fabrikation in St. Imier
(Schweiz) empfiehlt Uhren als nützliche
Weihnachtsgeschenke zu festen und billigen
Preisen unter Garantie

H. Traugott. Uhrenfabrikant.
43 Zeughausmarkt, Hamburg

Cylinder-Uhren in Talmgold
à 4½ Thlr., feinste Sorte à 5 Thlr.,

silberne Cylinder à 5½ Thlr.,
mit Goldrand à 6 Thlr., feinste

Sorte à 7 Thlr., silberne Da-
men-Cylinder mit Springfeder à 6½

Thlr., silberne Ancré à 7½
Thlr., mit Goldrand à 8½ Thlr.,

feinste Sorte in 13 Steinen
à 10 Thlr., silberne Ancré ohne
Schlüssel aufzuziehen à 15 Thaler,

goldene Ancré, 13 Steinen
à 18 und 20 Thlr., feinste

Sorte à 24 Thlr., goldene
Damen-Cylinder à 14 und 15 Thlr.,

feinste Sorte 18 und 20 Thlr.

Für Regulierung wird 1 Thlr.
pr. Stück rechnet.

Franco Aufträge gegen Post-
vorfuß werden rechtzeitig zum Weih-
nachtsfeste erbeten.

Sämtliche Taschen-Uhren und
Goldwaren werden steuerfrei
effektuiert.

Den alleinigen Verkauf unserer anerkannt
bekonstruierten

Wasch- und Wringmaschinen

haben wir Herrn

Moritz Brandt in Posen,

Markt 55, übergeben, der diese Maschinen
zum Fabrikpreise verkauft. Kataloge mit Ge-
brauchsanweisung und Attenten über Solidität
und Leistungsfähigkeit der Maschinen werden
auf Wunsch gleichfalls von Herrn Brandt
gratis verschafft. Nach Außerhalb franco.

Fr. Schwarzer & Co.
Breslau.

87.

Großer Weihnachts-Ausverkauf zu auffallend billigen Preisen in meinem neuen Lokal **Markt 87.** **Falk Karpen.**

Meinen Weihnachtsausverkauf,
bestehend aus sämtlichen Artikeln meines Lagers zu bedeu-
tend ermäßigten Preisen, habe in Folge vieler so schnell
vergriffenen Gegenstände wieder vollständig komplettiert. — Um
meine geehrten Kunden mit größter Aufmerksamkeit bedienen
zu können, bitte ich, Ihre Weihnachtseinkäufe, des späteren
großen Andrangs wegen, recht frühzeitig machen zu wollen.

Max Heymann,

vorm. Z. Zadek & Co.,
Weiswahren-, Seidenband-, Posamentir-, und
Strumpfwaaren-Handlung.

5. Neuerstraße Nr. 5.

Markt 55, 1. Etage.

Den Weihnachts-Ausverkauf

habe eröffnet und mein Lager fertiger **Herren-**
Garderobe im Preise bedeutend herab-
gesetzt und empfehle auffallend billig:

**Winter-Paletots, Havelocks, Schlaf-
röcke, Beinkleider, Westen** &c.

W. Tunmann,

Marchand Tailleur,
Markt 55, 1. Etage.

Modewarenlager

Neuerstraße 4.

S.H. Korach,

Neuerstraße 4.

Modewarenlager

Neuerstraße 4.

empfiehlt für
Weihnachts-Einkäufe

die größte Auswahl der verschiedensten

Kleiderstoffe, Chales und Tücher, Paletots und Jaquettes,
coul. und schwarze, Lyoner Seidenstoffe, Muss- und Tüll-
Gardinen, Tischdecken, Teppiche &c. &c.

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Bestellungen auf Damen-Confektions werden schnell und billig effektuiert

Die Unterzeichneten empfehlen:

Ganz eiserne Pferde-Dreschmaschinen und Göpel ihrer neuesten,
bewährten, vorzüglichen Konstruktion. Geringe Zugkraft, große Leistungsfähigkeit,
unbedingter Neindruck, außergewöhnlich bequeme Handhabung,
dazu passend Getreidereinigungsmaschinen und Häckselmaschinen, ebenso vorzüglich
in Konstruktion und Ausführung.

G. Hambruch Vollbaum & Co.

Abtheilung für den landwirthschaftlichen Maschinenbau.

Elbing in Westpreußen.

Korsets

in neuester Fagon à St. 25 Sgr.
sind wieder in allen Größen vor-
räthig bei

Joseph Basch,

Markt 48.

Markt 67. **Großer Markt 67.**

Weihnachts-Ausverkauf

sämtlicher Mode- und Leinenwaren
zu wöchentlich billigen Preisen. Kleiderstoffe älteren Genres auffallend billig.

F. W. Mewes, Markt 67.

Markt 67. **Markt 67.**

Gesundheitsunterhemden

in guter Qualität von 25 Sgr.
an bei

Joseph Basch,

Markt 48.

68r Mosel- u. Neckar-Weine

weiß und roth versendet schön und kräftig per
Halbeimer = 30 Quart mit Fass von 6 Thlr.
an, gegen Einsdg. oder Nachnahme

R. Krause, Haupt-Dopot,
Torgau a. Elbe.

Spielwerke

von 4 bis 72 Stücken, worunter Pracht-
werke, mit Glockenspiel, Trommel und
Glockenspiel, mit Himmelstimmen, mit
Mandolinen, mit Expression u. s. m.
Ferner:

Spieldosen

mit 2 bis 12 Stücken, worunter solche mit
Necessaires, Zigarrentänder, Schweizer-
häuschen, Photographi-Albums, Schreib-
zeuge, Handschuhständer, Briefbeschwerer,
Globus, Cigarren-Etuis, Tabaks- und
Sündholzdozen, Puppen, Arbeitssticken,
— Alles mit Musik; ferner: Stühle das
Neueste empfiehlt

J. H. Heller in Berlin.

Zu Weihnachtsgeschenken eignet
sich nichts besser. Jeder Auftrag wird
sofort ausgeführt. Preisliste sende
franco. Defekte Werke reparire. Nur
wer direkt bezieht, ist versichert, Heller.
sche Werke zu erhalten.

Eine neu gefertigte Drehrolle, von be-
kannter Güte, ist zu verkaufen durch

E. F. Wildegans,
Schlossermeister, Gr. Gerberstr. 35.

Echte

Teltower Dauerrübchen
versendet billigst **H. Töpfer** in Teltow.

(Wiedervert. bei Abn. groß. Post. bedeutend
billiger.)

Gänse! Gänse! Gänse!

à Stück 20 Sgr. bei **Basch.**

Boržigliche Festgeschenke !!!

Größte und schönste Auswahl der beliebtesten Bücher,

für den Weihnachtstisch !!!

Pracht-Kupferwerke — Klassiker — Romane — Jugendbücher —

für jede Bibliothek — für jeden Bücherfreund!!!

zu herabgesetzten Spottpreisen !!!

Alles neu! — komplet und fehlerfrei!!!

Meyers Hand-Atlas der ganzen Erde, in 30 großen deutlichen Karten (80
Doppelblätter), sauber colorirt, groß folio, 1867 (nach den neuesten Eintheilungen), gebun-
den, nur 3 Thlr. — Conversations-Lexikon, Großes, Allgemeines, neueste Ausf., voll-
ständig von A—Z, in starken Octavbänden, größtes Lexikon Format, 1867 bis 1869, jeder
Band ca. 650 Seiten stark, elegant, nur 2½ Thlr. — Die Wiener Gemälde-Gallerien,

groß brillantes Pracht-Kupferwerk in groß Quart, für den Salon und Bücherschrank mit
45 großen Pracht-Stahlstichen, Kunstdräder, (Raphael, Rubens, van Dyk, Rembrandt u. c.)
nebst kunstgeschichtlichem Text und Biographien der Künstler, 1869, Quart, elegant!
statt 16 Thlr. nur 2 Thlr. 25 Sgr.! (NB. Das schöne Geschenk!) — Neue

Weltgeschichte in erzählender Form, für Leser aller Stände (vollständige Geschichtsbiblio-
thek, 4 große starke Octabände, sowohl für die Jugend, wie für Erwachsene, statt 4 Thlr.
nur 1 Thaler!) — Dichter-Album, Sammlung der beliebtesten deutschen Dichtungen
(Rückert — Heine — Goethe u. c.), 3 Bände, ca. 900 Seiten stark, sehr eleg. aus-
gestaltet, statt 4 Thlr. nur 1 Thlr.! — Zimmermann, Das Weltall und seine Natur-
wunder, mit hunderden von Illustrationen (natürliche Prachtwerk), 712 große Octa-
seiten stark, feinstes Papier, elegant, nur 35 Sgr.! — Das berühmte Düsseldorfer
Künstler-Album, großes Pracht-Kupferwerk allerersten Ranges, in Quart, mit Text und
den zahlreichen Kunstdrädern der bedeutendsten Düsseldorfer Künstler (jedes Blatt ein Meis-
terwerk). Original-Pracht-Album, mit Goldschnitt, nur 2½ Thlr.! — 1) Arndt und

Körners ausgewählte Werke mit Portraits, eleg. gebd., 2) Dichterwald für Damen, Sammlung
über 500 der beliebtesten Gedichte, 2 Bde., elegant, 3) Heinrich Heines Höllen-
fahrt, äußerst interessantes witziges Poem in XXIV. Caput, 140 Octaseiten stark, Belin-
papier, in eleg. rotem Einband mit Golddruck, alle 4 Bde. zus. nur 35 Sgr.! — Die Reise um die Welt, Reisen nach dem Nordpool u. c., 2 Bde., eleg. gebd., gr. Octav, in
Ganzleinwandband mit Golddruck, nebst Abbildungen in Tondruck (besonders für die reisende Ju-
gend) statt 4 Thlr. nur 35 Sgr. — 1) Schillers sämtl. Werke, die illustrierte Cotta'sche
Original-Pracht-Ausgabe, mit den **R. Kaulbach'schen** Stahlst., 2) Neue Novellen-
sammlung der beliebtesten Schriftsteller der Neuzeit (Golo Raimund, F. Wehl u. c.), in 3
eleg. Octabänden, 3) Geschichte der Königin Louise von Preußen, über 300 Octaseiten
stark, mit Stahlst., alle 3 Werke zus. nur 2½ Thlr. — Der Bau des menschlichen
Körpers, populäre Anatomie, mit einem großen prachtvoll ausgeführten anatomischen
Bilder-Atlas in folio, nur 1½ Thlr. — Die Kunstwerke des klassischen Alter-
thums, großes Pracht-Kupferwerk in Quart, mit kunstgeschichtlichem Text, von Dr. Mengel,
das Gesamtgebiet der bildenden Kunst (Malerei, Baukunst, Bildhauer u. c.), in den ver-
schiedensten Perioden und Schulen der Kunst (vollständige Kunstgeschichte), mit 80
kunstvoll ausgeführten Stahlstichen, Quartband, eleg. geb., mit reicher Rückenvergoldung,
nur 2½ Thlr. — (vorzügliches Festgeschenk) — Abenteuer des Lorenzo de Ponte (Sei-
tenstück zu Casanova), 1 Thlr. — Löbes Landwirtschaft, 700 gr. Octaseiten Text, mit
300 Illustrationen, nur 1 Thlr. — Heine, Börne, Arndt, Körner u. c., 8 verschiedene
klassische Werke in sehr eleganten Einbänden, zusammen nur 1 Thlr.! Dr. Heinrich, Rath-
geber aller Geschlechtskrankheiten und Schwäden, nebst Heilung derselben (verriegelt), 1 Thlr.
— Feierstunden, großes Pracht-Kupferwerk in hoch-Quart-Format, die beliebtesten Erzäh-
lungen, Romane, Novellen u. c., der ersten Schriftsteller der Neuzeit, mit den **schönsten**
Stahlstichen, Farbendruckbildern, Holzschnitten u. c., 2 Bände, zus. 48 Sgr.! —
Aus Palast und Hütte, Ausserlesene Erzählungen, Parabeln, Fabeln, Legenden, Sagen,
für die reisende Jugend, mit farb. Bild., ca. 500 Seiten stark, eleg., in farbigem Umschlag
geb., nur 24 Sgr.! — Große illustrierte Mythologie der Griechen und Römer, 344
gr. Octaseiten Text, mit sehr zahlreichen gr. Illustrationen, nur 24 Sgr.! — Memoiren
eines Kammermädchens — aus dem Franzö. — nur 24 Sgr.! — 1) Lessings Werke
in 6 Bdn., 2) Die modernen Schriftsteller des Auslandes, beide deutsche Übersetzung
(Vomartine — Bremen — Sand — Victor Hugo u. c.), 14 Theile, mit Portraits, beide
Werke zus. nur 2 Thlr. — 1) Die sieben Cardinaltugenden (sehr pikantes Werk), 4
Bde. mit Illustrat., 2) Alex. Dumas Liebesabenteuer, beide Werke zusammen sehr pikant,
nur 35 Sgr.! — Der deutsche Befreiungskrieg 1813—14—15, für die Jugend, mit
Biograph

Aerztliches Gutachten über Dr. Beringuiers Kronengeist.*)

Der Dr. Beringuier'sche aromatisch-medicinische Kronengeist, welcher von mir untersucht worden, ist eines der besten Fabrikate der Neuzeit. Derselbe besteht aus den feinsten Ingredienzien der Pflanzenwelt und kann als das Beste und Reellste in diesem Genre bezeichnet werden. Ich habe denselben mehrfach lauwarmen Bädern, bei Nervenkranken, bei Reconvalentes, die sich schwer erholen konnten, zusetzen lassen, und dadurch ein schönes, stärkendes aromatisches Bad erhalten, was in kürzester Zeit die Kranken stärkte und belebte. In einigen Fällen habe ich das gedachte Fabrikat, mit Wasser verdünnt (2 Esslöffel auf $\frac{1}{4}$ Quart frischen Brunnenwassers), als Mundspülwasser in Anwendung gebracht, und kann ich nach den gemachten Erfahrungen dasselbe allen an übelriechendem Atem Leidenden dringend empfehlen, da nach langer Gebrauch stets dieses, für den Kranken wie für dessen Umgebung so unangenehme Leiden sich gebessert hat.

Loslau in Preuss. Schlesien, den 12. September 1867.

Dr. Stark, königl. Stabs-Arzt a. D., Medico-Chirurg und Geburtshelfer.

*) In Originalflaschen zu 12 $\frac{1}{2}$ und 7 $\frac{1}{2}$ Sgr. ächt vorrätig für **Posen** bei **Herrn. Möglin**, Bergstrasse Nr. 9, Ecke der Wilhelmsstrasse, sowie auch für Birnbaum: L. Stargardt; Bromberg: Theod. Thiel; Fraustadt: Karl Wetterström; Grätz: Louis Streisand; Inowraclaw: I. Lindenbergs; Krotoschin: A. Levy; Lobsenz: C. A. Lubenau; Nakel: A. Podgorsky; Neutomysl: W. Peickert; Ostrowo: C. E. Wichura; Pleschen: J. Joachim; Rawicz: R. F. Frank; Schneidemühl: Louis Weber und für Wollstein bei E. Anders.

Unsere **Weihnachts-Ausstellung** in Baumzäpfchen und Konfitüren ist vollständig assortiert und bietet in diesem Jahre eine besondere große Auswahl. Auch halten wir größtes Lager von

Thorner, Berliner und echten Nürnberger Pfefferkuchen.

Bestellungen von Auswärts werden sofort effektuiert.

Wir ersuchen zugleich die Herren Wiederverkäufer, Ihre gehrten Bestellungen recht früh einzusenden, um dieselben recht prompt effektuiiren zu können.

Frenzel & Co.

Breslauerstrasse 38.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Warnung im Oktober d. J. wiederholen wir hierdurch, daß wir nach wie vor bereit sind, die darin zugesicherte Belohnung von Einhundertfünfzig Thaler demjenigen zu zahlen, der uns zuerst die genügenden Beweise bringt, daß unsere Fabrikate unter Mißbrauch unserer Firma nadgemacht, oder daß Cigaretten mit Etiquetten versehen werden, welche den unseren ähnlich und darauf berechnet sind, das Publikum zu täuschen. Dabei bemerken wir nochmals, daß diese Beweise nicht nur dazu dienen müssen, den Fälschern verklagen zu können, sondern auch dessen Bestrafung zu erwirken.

Zugleich machen wir wiederholt auf die Veränderung in der Etiquettierung unserer Dresdner Fabrikate aufmerksam. Auf den Päckchen und Schachteln unserer Cigaretten und türkischen Tabake befindet sich jetzt noch eine besondere auf weitem Papier gedruckte Etiquette, welche lautet:

La Ferme, Dresden, Kreuzkirche Nr. 6.

Dresden, im Dezember 1869.

Die Centrasverwaltung der Fabrik La Ferme in St. Petersburg, Moskau, Warschau und Dresden.

Durchsichtige, wirklich echte Glycerinseife in Stücken, welche die Haut fein u. geschmeidig erhält, hat in Commission

Frenzels Niederlage, Wilhelmspl. 4.

Von blüht das Glück am 5. und 6. Januar. Pr. Loope 1/2 bis 1/32 vers. S. Basch, Berlin, Gertraudenstr. 4.

Börse - Telegramme.

Berlin, den 2. Dezember 1869 (Wolf's teleg. Bureau.)

Not. v. 1. v. 30.

Roggen, matt.	43 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Roggenbörse fest	St. Pet. St. Alt. 59 $\frac{1}{2}$	59 $\frac{1}{2}$	60
Dez. Jan. . . .	43 $\frac{1}{2}$	44	44	Roggen	205 $\frac{1}{2}$	204 $\frac{1}{2}$	205 $\frac{1}{2}$
Mai-Mai	43 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	Lombarden	136	136 $\frac{1}{2}$	135 $\frac{1}{2}$
Dez. Jan. . . .	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Br. St. Schuldr. 80 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$
Mai-Mai	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Neue Pet. Pfanddr. 81 $\frac{1}{2}$	81 $\frac{1}{2}$	81 $\frac{1}{2}$	81 $\frac{1}{2}$
Dez. Jan. . . .	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Pof. Rententrie. 83 $\frac{1}{2}$	83 $\frac{1}{2}$	83 $\frac{1}{2}$	83 $\frac{1}{2}$
Mai-Mai	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Pof. Rentennoten 74 $\frac{1}{2}$	74 $\frac{1}{2}$	74 $\frac{1}{2}$	74 $\frac{1}{2}$
Dez. Jan. . . .	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Pof. Liq. Pfdr. 56 $\frac{1}{2}$	56 $\frac{1}{2}$	56 $\frac{1}{2}$	56 $\frac{1}{2}$
Mai-Mai	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	1860 Loope	77 $\frac{1}{2}$	77 $\frac{1}{2}$	77 $\frac{1}{2}$
Dez. Jan. . . .	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Italiener	52 $\frac{1}{2}$	52 $\frac{1}{2}$	52 $\frac{1}{2}$
Mai-Mai	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Amerikaner	91 $\frac{1}{2}$	91 $\frac{1}{2}$	91 $\frac{1}{2}$
Dez. Jan. . . .	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Türken	41 $\frac{1}{2}$	41 $\frac{1}{2}$	41 $\frac{1}{2}$
Mai-Juni do	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	Rumäniere	73 $\frac{1}{2}$	73 $\frac{1}{2}$	72 $\frac{1}{2}$

Ettelin, den 2. Dezember 1869 (Marschall & Maas.)

Not. v. 1. v. 30.

Wheat, matt.	60 $\frac{1}{2}$	61	61	Epidemic, behauptet.	Dezember	14 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$
Dezember	60 $\frac{1}{2}$	62 $\frac{1}{2}$	63	Frühjahr 1870	14 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$
Mai-Juni do	63 $\frac{1}{2}$	63 $\frac{1}{2}$	63 $\frac{1}{2}$	Rubbi, fest.	Mai-Juni do	14 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$
Dezember	43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	April-Mai 1870	12 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{1}{2}$
Frühjahr 1870	43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	Sept.-Okt. do	11 $\frac{1}{2}$	11 $\frac{1}{2}$	11 $\frac{1}{2}$
Mai-Juni do	44	44	44				

Körse zu Posen

am 2. Dezember 1869.

Fonds. Posener 3 $\frac{1}{2}$ % alte Pfandbriefe —, do. 4% neue do

Inserat.

Ein fleißiger und gebildeter **Wirtschaftsbeamter**, nicht zu jung, wird sofort für ein hiesiger Gegend belegenes Dominium gesucht. Gehalt 100 Thlr. und freie Station. Anmeldungen nebst Bezeugnissen werden erbeten unter Chiffre C. T. 28. Pinne poste restante.

Ein unverh. deutscher **Gärtner**, beider Landesprachen mächtig, wird zum sofortigen Antritt vom Dom. Strykowo bei Stenewo gesucht.

Für ein bedeutendes Engros-Geschäft hiesiger Stadt werden zwei **Lehrlinge** mit schöner Handschrift verlangt. Adressen in der Exped. d. Post. Stg. entgegen.

An **English Lady** is desirous to obtain a few pupils for **English instructions**. For particulars apply at Mr. **Below**, Friedrichsstrasse 33 b.

Eine durchaus tüchtige, zuverlässige u. anständige **Landwirthschaftschafterin** zum baldigen Antritt sucht ein Dominium unter Adresse J. K. poste rest. Schokken.

Eine deutsche, durchaus zuverlässige **Wirthin**, die mit der Küche und Molkerei vollständig vertraut ist und auch polnisch spricht wird zu Neujahr 1870 verlangt. Gehalt incl. Tante 50—75 Thlr. Nur vorsichtig empfohlene Bewerberinnen wollen sich direkt melden in **Zdziechowa** bei Gniezen.

Ein erfahrener, gut empfohlener **Oekonom** kann ein vortheilhaftes, dauerndes Engagement als **erster Inspector** eines bedeut. adl. Ritterg. in der Neumark nachgew. erh. durch d. landw. Bureau v. J. A. Goetsch, Berlin, Rosenthalstr. 14.

Ein junger **Wädchen** von Stande, aus e. fl. Stadt, welche d. elterl. Haus bisher noch nicht verlaßt, hatte früher Konf. bestellt, u. arbeits erzog, deutsch u. polnisch sprach, sucht Placement in einer Familie, sei es in d. Häuslichkeit, sei es in e. Geschäfte. Gefäll. Anerbiet. bittet man an die Exped. dies. Stg. zu richten unter X. Y. Z. 1000.

1 Thlr. Belohnung

Demjenigen, welcher mir meinen an Mittwoch Nacht gegen 1 Uhr vom Königsthor bis Halldorffstraße verlorenen Bismarck-Pfosten wiederbringt oder zu demselben verhilft.

Krau **Zulemann**, Halldorffstr. 29/30.

Verloren vor gestern Nachmittag nach 4 Uhr eine braunlederne Brieftasche. Inhalt

Notizen und Visitenkarten, welche den Namen des Besitzers bezeichnen. Abzugeben St. Martin 56.

Louis Türk, Wilhelmplatz 4.

! Zu erfolgreichen Insertionen!

in das Ausang. Dezember in meinem Verlag erscheinende **Statistische Handbuch der Provinz Posen**

2. erweiterte und vermehrte Auflage,

nehme ich noch Inserte bis zum 8. Dezember entgegen. Dieselben werden um so mehr Erfolg haben, als das Buch in seiner neuen Verfassung von jedem in die Provinz verzogenen Landwirth, Beamten, Gewerbetreibenden unbedingt zur ersten Orientierung angekauft werden wird.

Louis Türk, Wilhelmplatz 4.

Aufträge

zur Anfertigung aller

DRUCKSACHEN,

als:

Circulare, Avisbriefe,

Preis-Courante, Rechnungen,

Etiquettes etc.

Wirthschafts- und Handlungsbücher,

Adress- und Visitenkarten,

Actionen, Coupons und Pfandbriefe,

sowie den Druck ganzer

Werke und Zeitschriften

mit und ohne Illustrationen,

übernimmt und effectuiert prompt, in sauberster Arbeit und in jedem Umfange

die Hofbuchdruckerei

von

W. DECKER & CO.

Posen, Wilhelmstr. 16.

Schnellpressen

und Dampftrieb.

Verleihung

der

Fruhjahr 63½, 62½, 63½ bz, Br. u. Gd., Mai-Juni 64 bz. — Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. loko ger. 77½-78 Pfd. 43½-44 bz, besserer 44½, 45 bz, feinster 46-46½ bz, pr. Dez. 43½ bz, Br. u. Gd., Frühjahr 43½, 43½ bz, u. Gd., Mai-Juni 44 bz, u. Gd. — Gerste unverändert, p. 1750 Pfd. loko oder br. 37-38 bz, märz 36½-37 bz, ungar. 34-35 bz, Hafer fester, p. 1300 Pfd. loko 24½-25½ bz, 47,500 Pfd. pr. Frühjahr 26½ bz, Gd., Mai-Juni 26½ Gd. — Erbsen p. 2250 Pfd. loko 45½-47 bz, pr. Frühjahr Butter 47 Gd. — heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen
51-59 43-49 32-38 23-27 47-48 bz.

Heu 16-17½ Sgr., Stroh 6-7 At., Kartoffeln 9-12 At., Rübel behauptet, loko 12½ At. Br., pr. Dez. 11½ bz, Dez. Jan. 12 At., April-Mai 12½ bz, 2½ Gd., Sept.-Okt. 11½ At. Br., u. Gd. — Spiritus matt, loko ohne Haß 14½ bz, At. bz, kurz Lief. mit Haß 14½, 1½ bz, pr. Dez., Dez. Jan. 14½ bz, u. Gd., 14½ At., Frühjahr 14½ At., 12 Gd. — Angemeldet: 300 Ctr. Rübel. — Regulierungsspreise: Weizen 61 At., Roggen 43½ At., Rübel 12 At., Spiritus 14½ At., Petroleum 7½ At. — Petroleum. Anfangs matt, flichtig fester, angem. ca. 1200 Haß, loko 7½, 1½ bz, 7½ At. gef., Anmild. 7½, 1½ bz, u. Gd., pr. Dez. Jan. 7½ bz, u. Gd., Jan. Febr. 8 At. — Hering, schott. crown und full Brand 14½ At. tr. bz. (Offs.)

Breslau, 1. Dez. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rote sehr fest, ordinär 10-11½, mittel 12-13, fein 13½-14½, hochfein 15-15½. Kleesaat, weiße unverändert, ordinär 13-15, mittel 17½-20, fein 22-23, hochfein 24½-26. Roggen (p. 2000 Pfd.) behauptet, pr. Dez. 41½-42 bz, u. Gd., Dez. Jan. 42 bz, April-Mai 42 a 1 a 42 bz, u. Gd., Mai-Juni 42 bz. — Weizen pr. Dez. 61 At. — Gerste pr. Dez. 45½ At. — Hafer pr. Dez. 41½ At. — Raps pr. Dez. 114 At. — Lupinen wenig bedacht, p. 90 Pfd. gelbe 48-50 Sgr., blau 45-48 Sgr. — Rübel still, loko 12½ bz, pr. Dez. 12½ bz, Dez. Jan. 12½ bz, u. Gd., Jan. Febr. 12½ At., April-Mai 12½ At., 1½ Gd., Sept.-Okt. 11½ At. — Raps zu kaufen begeht, pr. Et. 72-73 Sgr. — Beinkuchen fester, pr. Et. 88-90 Sgr. — Spiritus geschäftlos, loko 12½ At., 13½ Gd., pr. Jan. April 14½ Gd. — Schne.

Dondon, 1. Dez. Getreidemarkt (Anfangsbericht). Fremde Buschuhren seit letztem Montag: Weizen 37,380, Gerste 4430, Hafer 36,330 Quarters. Ruhig.

Dondon, 1. Dez. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Schwacher Marktbesuch. Weizen fest bei kleinem Geschäft. Preise gegen Montag unverändert. Gerste ruhig, aber stetig. Hafer ruhig, aber fest. Mehl bei geringem Geschäft steigt. — Wetter kalt.

Liverpool, 1. Dez. Mitt. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 18 000 Ballen Umsatz. Steigend. Middling Orleans 12, middling Amerikanische 11½, fair Dohlerat 8½, middling fair Dohlerat 8½, good middling Dohlerat 8½, Bengal 7½, New fair Domra 9½, Amerikanische Dezbr. Januar-Verschiffung 11½, Domra Januar-Februar-Verschiffung 9½.

Paris, 1. Dez. Nachmitt. Rübel, pr. Dezbr. 95, 50, pr. Jan. April 95, 75, pr. Mai-Sep. 96, 00. Mehl pr. Dezbr. 56, 25, pr. Jan. April 57, 00, pr. März-Juni 58, 00. Spiritus pr. Dezbr. 57, 50. — Wetter: Schne.

Amsterdam, 1. Dez. Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loko ruhig, pr. März 186, pr. Mai 186. Rübel pr. Mai 40, pr. Herbst 1870 37. — Wetter trüb.

Antwerpen, 1. Dez. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Trop. weiß, loko 58½, pr. Dez. 58½, pr. Jan. 57½, pr. Jan. März 56½. Etwas schwächer.

Breslau, den 1. Dezember.

Preise der Cerealien. (Bestätigungen der polizeilichen Kommission.)

feine mittle ord. Ware.

Weizen, weißer 77-80 74 65-68 Sgr.

do. gelber 72-74 70 61-66

Roggen 55-56 53 49-52

Gerste 46-49 41 40-43

Hafer 32-33 30 26-28

Erbsen 66-67 61 55-59

Notirungen der Kommission der Handelskammer zur Feststellung

der Marktpreise für Raps und Rüben.

Raps 246 236 226 Sgr.

Winterrüben 234 224 216

Sommerrüben 226 216 206

Dotter 186 176 166

Bromberg, 1. Dez. Wind: NW. Witterung: Schneegestöber. Morgens 2°. Mittags 0°. Weizen 120-125 Pfd. 48-51 Thlr., 126-130 Pfd. 52-56 Thlr. — Roggen 36-37½ Thlr. pr. 2000 Pfd. Soll-

Breslau, 1. Dezember. Börse fest bei mäßigem Geschäft und wenig veränderten Kursen. Nur österreich. Kreditaktien ca. 1% p.C. niedriger als gestern, Italiener gestragt und eine Kleinigkeit besser, Amerikaner unverändert. Per ult. fix: Rechte Oder-Ufer 88½ bz, Lombarden 13½ At., Österreich. Währung 81½ bz, österreich. Kredit 132, etw 12½-13½ bz, Amerikaner 9½ At., Italiener 52½ bz, u. Br., Minerva 44 bz.

Offiziell gekündigt: 1000 Ctr. Roggen, 500 Ctr. Rübel und 60,000 Quart. Spiritus. — Refusirt: ein Haferschein Nr. 1408 und 1000 Ctr. Roggen Nr. 1424.

[Schlußkurse] Österreich. Loose 1860. — Minerva 44½ bz u. B. Schlesische Bank. — Österreich. Kredit-Bantaktien 13½ bz. Österreich. Britänen 73½ B. do. do. 81½ B. do. Lit. F. 88½ B. do. Lit. G. 88½ B. Rechte Oder-Ufer Bahn St. Prioritäten 97½ G. Breslau-Schweid. Freib. 112 a 6 bz u. B. Öberschlesische Lit. A. u. C. 185½ B. Lit. B. — Rechte Oder-Ufer Bahn 89 etw bz u. B. Rosel-Oderberg 110½ G. Amerikaner 9½ B. Italienische Anleihe 52½ B.

Berlin, 1. Dezember. Die Börse war für fremde Spekulationspapiere etwas matter und blieb still; in Amerikanern fand zwar auch heute das Hauptgeschäft statt, doch war dasselbe nicht von grossem Umfange. Die Wiener Depotsche von einem Seitens der Börse nach Gegenden gesandten German vermittelte, doch wurde die Haltung später wieder etwas fester. Bank- und Industriepapiere und Eisenbahnen blieben bei schwachem Verkehr ziemlich fest; von ersteren waren Minerva, von letzteren Mainz-Ludwigshafen und im Ganzen auch die kleineren, wie Aachen-Maastrichter u. a. ziemlich belebt. Inländische und deutsche Bonds waren zwar fest, aber nur in geringem Verkehr; für Pfand- und Rentenbriefe herrschte Frage. Österreichische und russische blieben still und wenig verändert; in letzteren traten nur Boden-Kredit lebhafter hervor. Sehr belebt und steigend waren rumänische Eisenbahn-Obligationen. Inländische Prioritäten waren fest und ziemlich animirt, besonders Nordbahn, Schleswigsche, 4- und 5 proz. Potsdamer und 3½ proz. Bergisch-Nordische. Österreichische und russische waren still, letztere matt. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 50% bezahlt. — Missouri-Prioritäten wurden mit 7½ etwas gehandelt.

Sonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 1. Dezember 1869.

Preußische Bonds.

Staatsschuldentz. 94 95½ B.

Staats-Anl. u. 1859 5 101½ B.

do. 1854, 55, A 44 93

do. 1857 44 93

do. 1859 44 93

do. 1866 44 93½

do. 1867 A. B.D.C 93

do. 1850, 52 Ann. 84½ B.

do. 1852 44 83½

do. 1867 44 83½

do. 1868 A. 44 83½

Staatsaufschütt. 80½ bz

Reichs-Gt. 100½ bz

Ruhr. Neun. Gd. 79½ bz

Überseez. Gd. 44

Reichs. Staats-Bld. 100½ bz

do. 1866 44 83½

do. 1866